

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Wahlraub in Preußen?

Ein Schlag gegen die Jungwähler

Heraufsetzung des Wahlalters?

Seitens der Wirtschaftspartei liegt dem Preußischen Landtag ein Gesetzentwurf vor, der die Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre vorsieht. Einem Beschluß des Ältestenrats folgend, wird der Preußische Landtag sich am Freitag mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen.

Mit dem Gesetzentwurf der Wirtschaftspartei holt die Reaktion zu einem neuen Schlage aus. Die Jungwähler sollen ihres Wahlrechts beraubt werden. Wieweit die Parteien diesen Gesetzentwurf unterstützen, muß sich noch ergeben. Es ist aber schon heute offenkundig, daß die gesamten alten bürgerlichen Parteien mit ihm liebäugeln, weil sie damit die Hoffnung verbinden, ihren Zerfall noch aufhalten zu können.

Die entscheidende Frage ist, wie sich die SPD zu diesen Plänen stellen wird. Eigentlich sollte von ihr als sicher angenommen werden, daß sie eine derartige Zumutung weit von sich weist. In Wirklichkeit bestehen aber auch in sozialdemokratischen Kreisen für den Plan der Wirtschaftspartei bestimmte Sympathien, und sei es nur, weil man hofft, auf diese Weise Hitler treffen zu können. Es wäre dies nur die logische Fortsetzung des bedingungslosen Eintretens für Hindenburg bei der Präsidentenwahl. Jedenfalls glaubt die demokratische Presse bereits mit dem Zustandekommen eines Kompromisses in der Weise rechnen zu können, daß das Wahlalter zwar nicht auf 25, wohl aber auf 24 Jahre festgesetzt wird.

Würde die Sozialdemokratie in der Tat einem solchen Kompromiß den Segen erteilen, dann wäre dies nur eine neue Illustration dafür, wo schließlich eine Arbeiterpartei landen muß, die glaubt, den Klassenkampf durch Taktik ersetzen zu können und die die Machtverhältnisse nur vom rein parlamentarischen Gesichtspunkt aus sieht: bei der Aufhebung gerade derjenigen Rechte, um die sie angeblich den Kampf führt.

50 000 Stimmen — 1 Preußenmandat

Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Wahlquotienten für die preußischen Wahlen auf 50 000 festzusetzen. Der Wahlquotient war früher 40 000 und wurde durch die preußische Sparverordnung auf 60 000 erhöht. Es ist nunmehr eine Verordnung der Staatsregierung zu erwarten, durch die die preußische Sparverordnung abgeändert wird. Bei den kommenden Preußenwahlen wird also auf 50 000 Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Der neue Preußische Landtag, für den man 350 Abgeordnete erwartete, wird danach voraussichtlich zwischen 400 und 450 Abgeordnete zählen.

Wahländerung in Preußen

Berlin, 16. März 1932.

Der Preußische Landtag verabschiedete am Mittwoch einen Gesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach in Abänderung des

preußischen Wahlgesetzes in Zukunft beim Ausscheiden eines Abgeordneten nicht automatisch der Listennachfolger in den Landtag eintreten soll. Die Entscheidung über den Nachfolger wird in die Hand der Parteiorganisationen gelegt.

Blockbemühungen in Preußen

Berlin, 16. März 1932.

Gegenüber der Meldung, daß die Landvolkpartei über die Bildung eines bürgerlichen Wahlblocks für die Preußenwahlen verhandelt habe, stellt die Landvolkpartei fest, daß sie an solchen Verhandlungen in keiner Weise beteiligt war.

Durch dieses Dementi wird zugleich klar, daß andere bürgerliche Parteien sich um einen solchen Block bemühen.

Kritik der „Prawda“

CNB. Moskau, 15. März 1932

Moskauer Blätter befassen sich bei der Besprechung des Ergebnisses der Präsidentenwahl in erster Linie mit dem geringen und unter den hiesigen Erwartungen gebliebenen Zunehmen der kommunistischen Stimmen. „Prawda“ sagt, das ungenügende Resultat zeuge davon, daß die Zunahme des kommunistischen Einflusses hinter den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben ist.

Viel zu wenig!

Französische Arbeitslosenfürsorge

Paris, 16. März 1932.

Die französische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung einen Zusatzbetrag von zweiundert Millionen für den nationalen Arbeitslosenfonds bereitzustellen ermächtigt wird. Der kommunistische Abgeordnete Cachin bekämpfte die Arbeitslosenpolitik der Regierung, weil sie nur mit 260 000 offiziell eingeschriebenen Arbeitslosen rechnet, während, wie er sagte, die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich in Wirklichkeit eine Million betrage.

Etat angenommen

Paris, 16. März 1932.

Die Kammer hat in einer Nachtsitzung den Einnahmehaushalt verabschiedet und den Gesamthaushalt für 1932 mit 386 gegen 133 Stimmen angenommen. Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich wie folgt: Einnahmen 41 184 541 481 Franken, Ausgaben 41 179 808 080 Franken. Einnahmeüberschuß mithin 4 733 401 Franken.

**Prinzipienerklärung der SAP:
Siehe den Vorschlag des
Partei Vorstandes an anderer
Stelle**

Deutschlands Donaubund-Antwort

Auf den französischen Donaubund-Plan hat die deutsche Regierung nunmehr geantwortet und sich dabei stark an die italienische Entgegnung angelehnt. Die Quintessenz der deutschen Antwort, die „prinzipielle“ Zustimmung enthält, geht darauf hinaus, daß die Zusammenfassung der Donaubundstaaten unter sich nicht genüge, sondern daß von Anfang an die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands heranzuziehen seien. Im übrigen aber betont die deutsche Note, daß das alles doch nur Zukunftsmusik wäre (aus der diplomatischen in die gewöhnliche Sprache übersetzt!) und daß Oesterreich und Ungarn sofort geholfen werden müßte. In diesem Zusammenhang wird dann natürlich der deutsche Plan herausgestrichen. Man wird also vorläufig mehr Diplomatengerede vernehmen als welterschütternde Taten. Doch wird die Arbeit zur Organisierung Mittel- und Osteuropas deshalb nicht aufgegeben und es bleibt notwendig, die Rivalitätskämpfe sehr sorgfältig zu beobachten.

„Abrüstungskonferenz“ macht Ferien

Genf, 16. März 1932

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag beschlossen, die Arbeiten der Konferenz Erde dieser Woche zu unterbrechen und am 11. April wieder aufzunehmen.

Kostspieliger Militarismus

Tokio, 16. März 1932.

Die Regierung hat heute ein 5proz. Anleihe in Höhe von 87 500 000 Yen (1 Yen = 1,35 M.) zum Emissionskurs von 86,40 Yen ausgeschrieben, die in 50 Jahren zu tilgen ist. Sie ist zur Deckung der Ausgaben für militärische Operationen bestimmt.

Neue Grubenkatastrophen

Vier Tote

Eger, 16. März 1932.

Auf den beieinander liegenden Gruben Mariahilf und Matthias in Zwodau bei Falkenau entstand aus bisher noch nicht ermittelter Ursache ein Brand. Von den 17 unter Tage arbeitenden Bergarbeitern konnten nur 15 gerettet werden, vier Bergarbeiter fanden den Tod.

Zehn Tote

Tokio, 16. März 1932.

Bei einer Gasexplosion in der Grube Futago im Bezirk Nagasaki sind zehn Bergarbeiter getötet und 22 verletzt worden.

Lektion für die SPD

† Der „Populaire“ vom Montag bietet einen interessanten Anschauungsunterricht für eine mißverständene internationale „Solidarität“. In der ersten Spalte der Hauptseite beglückwünscht Léon Blum die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem „Erfolg“ bei der Reichspräsidentenwahl, worüber wir kein Wort mehr verlieren wollen. In der letzten Spalte derselben Seite erteilt Paul Faure eine mimagnären Interpellanten eine Lektion über Sozialismus, die nichts anderes ist als die schärfste Verurteilung der sozialdemokratischen Politik seit 1914 oder, um erst bei der Nachkriegszeit anzufangen, seit der Revolution.

Wird die Sozialistische Partei, so läßt Faure seinen vorgestellten Interpellanten fragen, sich an einer kommenden Regierung beteiligen? Und Paul Faure antwortet, ohne den Beschlüssen eines künftigen Parteitag vorzugreifen zu wollen, aber in der Sache doch absolut sicher, für seine Person mit einem glatten: Nein. Und er begründet es u. a. so: „Der Sozialismus kann die Macht ergreifung nur ins Auge fassen, um die kapitalistischen Kräfte zu brechen.“

Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge jedoch sind alle Regierungen lediglich das Spielzeug oder die Agenten dieser Kräfte.

Die großen Firmen der Finanz und der Industrie haben in der Tat alle Stellhebel in der Hand. Sie dulden auf der Ministerbank nur Genasführer oder Helfershelfer. Sie haben mehr als je ihre Hand auf den öffentlichen Geldern, sie kontrollieren die ganze Presse. Es gibt keine unabhängige Zeitung, es gibt keinen unabhängigen Journalisten mehr. Klassenstaat, so sagten gestern unsere Lehrmeister des Sozialismus, zu einer Zeit also, wo die Macht des Kapitalismus zerstückelt war, vergleichbar einem zerbrochenen Spiegel, wo es, zum mindesten bei uns, eine bedeutende republikanische Ideologie, eine mächtige demokratische Mystik gab, die zuweilen einen glücklichen Einfluß ausüben und der Sozialreaktion Widerstand leisten konnten. Und trotzdem, es war ein Klassenstaat und das letzte Wort behielt immer die besitzende Klasse.

Aber heute kann davon nicht mehr die Rede sein. Der Staat ist ein Werkzeug des Kapitalismus.

Die Politik der Regierungen, die Ernennung der Minister hängt weder ab vom Spiel der parlamentarischen Institutionen noch von der Wahl des Präsidenten der Republik; das alles ist nichts als Fiktion und Schein. Eine Oligarchie der Finanz über Grenzen, Völker und Religionen hinweg beherrscht die Innen- und Außenpolitik des Staates.

Was sollten wohl unter diesen Bedingungen die Sozialisten in einer Regierung tun, sei es durch Teilnahme an der Macht, sei es selbst durch Ausübung der Macht? Ich wiederhole: sie werden die Regierung nur übernehmen,

um den Klassenstaat zu zerbrechen und die Arbeiterrepublik zu schaffen. Ausgerechnet dazu wird Herr Doumer uns berufen!“

Nach dem 13. März

Ist's nicht, wie gesagt, die Verurteilung der deutschen Sozialdemokratie? Was war sie in den verschiedenen Koalitions-Regierungen? Das Spiel- und Werkzeug der kapitalistischen Mächte! Welchen Staat stützt sie durch die Hindenburgwahl? Den Klassenstaat, wie Faure ihn geschildert hat, die Gegenrevolution, die Ausbeuterklippe... und den Faschismus!

Und gab es denn keinen anderen Weg? Lassen wir Paul Faure weiterreden, lassen wir ihn antworten auf die Frage: Was aber dann?

„Alle unsere Kräfte sammeln, um gegen die Verbrechen des Kapitalismus zu kämpfen, unseren Einfluß steigern und die Ausbreitung unserer Presse, die großen und unwiderstehlichen volkstümlichen Strömungen erregen, indem wir das Vertrauen der Massen erringen durch unsere unüberwindliche Ueberzeugung und die Klarheit unserer Haltung. Da die internationalen ökonomischen Ereignisse uns helfen, wird die Stunde des sozialistischen Proletariats, des bin ich sicher, bald schlagen.“

Ich kenne selbst Kapitalisten, die daran nicht zweifeln. Es wäre der Gipfel, wenn der Zweifel von uns ausginge. Das wird nicht sein!

Welche Lektion, welche Ohrfeige für die Führer der deutschen Sozialdemokratie! Von ihnen ging der Zweifel an der guten Sache des Proletariats aus. Sie haben den Kleinmut in die Köpfe der Arbeiterschaft gehämmert. Sie haben alles gesetzt auf das parlamentarische Spiel, auf Trug und Schein, das Vertrauen von Massen verspielt, weil sie selbst keins in die Sache des Sozialismus, in die Massen hatten. Statt Ströme unwiderstehlichen revolutionären Willens zu erzeugen, haben sie die Quellen verstopft.

Ein Jammer, daß die französischen Sozialisten selbst nicht merken, wie sie die Sache des internationalen Proletariats schädigen, wenn sie die deutsche Sozialdemokratie bei ihrer proletarierfeindlichen Politik decken, wenn sie sie mit anderem Maße messen als sich selbst. Obwohl doch in Deutschland nichts, aber auch nichts von den demokratischen republikanischen Kräften vorhanden ist, die es immerhin in Frankreich noch gibt, mag ihre Gegenwirkung heute auch noch so verringert sein. So machen sie sich mitschuldig an der Verführung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft, statt daß sie den französischen Genossen sagten, was ist, ihnen offenbaren, daß die Klarheit der Haltung, die unwiderstehliche Ueberzeugung, von der Paul Faure spricht, heute längst nicht mehr bei der SPD, wohl aber bei der Sozialistischen Arbeiterpartei zu finden ist.

12 Prozent Reichsbank-Dividende

Im Gegensatz zu den Privatbanken kann sich die Reichsbank über die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres nicht beklagen. Umsätze und Rohgewinne haben sich außerordentlich stark vermehrt. Das erklärt sich aus den besonderen Funktionen dieses Instituts. Die Reichsbank hat nicht nur den Geldumlauf in der Hand, sondern sie ist auch das große Pumpwerk für Kredite. Ihre Erlöse aus dieser Tätigkeit steigen einmal mit dem Umfang ihrer Inanspruchnahme, zum anderen aber mit der Höhe der Diskontsätze. Im Zug der Krise haben auch alle diese Gewinnquellen einen Zug ins Große übernommen. Demgemäß stieg auch der Rohgewinn von 127 auf 209 Mill. RM. So stark dieses Wachstum indessen auch ist, so wenig ist anzunehmen, daß damit die in Wirklichkeit eingetretene Rohgewinnsteigerung auch völlig erfaßt wurde.

Alle Umstände sprechen vielmehr dafür, daß erhebliche Teile des Rohgewinnes sich schon vor der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung verflüchtigt haben.

Gleichwohl weist die Reichsbank einen von 40,0 auf 13,3 Mill. RM. verminderten Reingewinn auf, was sich dadurch erklärt, daß die Reichsbank eine offene Ueberweisung an den Delkrede-Fonds in Höhe von rund 94 Millionen RM. vorgenommen hat. Diese ungewöhnlich große Rückstellung steht wieder in engstem Zusammenhang mit der vor kurzem erfolgten Massensanierung der deutschen Großbanken, zu deren Kosten die Reichsbank in der denkbar großzügigsten Weise herangezogen worden ist. Infolgedessen geht diesmal

das Reich leer aus,

da ihm statutengemäß nur ein Anspruch auf Teile desjenigen Gewinnes zusteht, der das Erfordernis einer 5prozentigen Dividende überschreitet. Um aber gleichwohl die Aktionäre in ihrem bisherigen Dividendengenuß nicht zu beschränken, sind den 12 Mill. RM., die nach Ueberweisung von 1,3 Mill. RM. an den gesetzlichen Reservefonds aus dem Reingewinn verbleiben 6 Mill. RM. aus einem Spezialreservefonds hinzugefügt worden, so daß wohl dafür gesorgt ist, daß das Reich keinen Pfennig, die Aktionäre aber wie bisher ihre 12-prozentige Dividende erhalten.

Die angewandte Rechenmethode ist zwar etwas umständlich, aber sie erfüllt ihren Zweck, wie ihn die Herren Kapitalisten begreifen.

Preußen-Koalition bankerott

Es ist kein Zweifel möglich daran, daß die Preußenwahlen stark von der Reichspräsidentenwahl beeinflusst werden. Da ist von besonderem Interesse eine Berechnung der in Preußen zur Präsidentenwahl abgegebenen Stimmen, die die „Vossische Zeitung“ vorgenommen hat. Das Ergebnis ist:

Duesterberg 1 825 158
Hindenburg 1 022 089
Hitler 6 844 854
Thälmann 3 724 687

Das heißt, daß die Hindenburg-Koalition, die ungefähr dieselbe ist wie die heutige Preußenkoalition, keine Mehrheit erhalten hat. 11 Millionen Hindenburg-Stimmen stehen 12,4 Millionen gegenüber. Da aber sowohl vom Gesichtspunkt des Einzelwählers wie parteimäßig (z. B. Deutsche Volkspartei) durchaus nicht alle Hindenburg-Stimmen für die Preußen-Koalition fallen werden, so ist sicher, daß die heutige preußische Regierung nach der Wahl unter keinen Umständen mehr eine Mehrheit haben wird.

Das Großkapital mit Hindenburgs Erfolg zufrieden

Berlin, 15. März 1932.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Mit großer Befriedigung wurde der Ausfall der Präsidentenwahl begrüßt. Der Parteivorstand richtete an die Gliederungen der Partei einen dringenden Appell, sofort mit den Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang zu beginnen, damit Hindenburgs Wiederwahl durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gesichert werde.

Das deutsche Großkapital ist also sehr zufrieden mit dem, was die SPD-Arbeiter bei der Präsidentenwahl erreicht haben. Ob die SPD-Proleten noch immer nicht merken, daß sie in der falschen Front kämpfen?

Bravo, SPD-Arbeiter!

Eine Niederlage für die „Eisernen“ brachte das Ergebnis der Präsidentenwahl in Probstzella (Thür.). Die Hindenburg-Parteien zählten bei der Reichstagswahl 1930 rund 750 Stimmen — darunter 577 SPD — und erreichten jetzt nur 517 Stimmen. Dafür wählten nicht nur die SAP-Anhänger, sondern auch die oppositionellen SPD-Genossen den Arbeiterkandidaten Thälmann mit 163 Stimmen. Bei der Reichstagswahl 1930 erhielten die Kommunisten nur 18 Stimmen. Damit hat sich die Probstzeller Arbeiterschaft tapfer und vorbildlich geschlagen. Das Ergebnis hätte aber noch wesentlich besser ausfallen können, wenn die KPD eine Taktik eingeschlagen hätte, die eine Mobilisation breiter proletarischer Massen ermöglichte.

Die Niederlage der KPD-Strategie

Thälmann-Parole: bürgerlich-sozialfaschistisch

Will man die Ursachen erkennen, aus denen eine den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechende revolutionäre Massenmobilisierung bei der Reichspräsidentenwahl nicht zustande kam, so braucht man nur den folgenden Auszug aus einem Rundschreiben zu lesen, daß die Führung der KPD an alle Betriebszellen, Straßenzellen, Ortsgruppen und Fraktionen in den Massenorganisationen anlässlich der Reichspräsidentenwahl gerichtet hat. Es heißt dort:

„Dabei muß jeder Kommunist wissen: zum bürgerlich-sozialfaschistischen Wahlapparat gegen das Proletariat gehören auch die „linken“ Filialen der SPD, wie die SAP, die Brandleristen, die Trotzkisten usw. Alle diese Organisationen, die zum

Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie,

den schlimmsten Feinden und Verrätern des Proletariats gehören, haben die einzige Aufgabe, im Dienste des internationalen und des deutschen Kapitals, im Dienste der reaktionären Sozialdemokratie, deren Bestandteile sie sind, das Proletariat irrezuführen, die Kommunistische Partei zu bekämpfen,

das wirkliche Zustandekommen der roten Einheitsfront des Proletariats zu hemmen. („Im Dienste des Kapitals“ hat die SAP, der „Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie“, bekanntlich die Parole ausgegeben, sich für die Wahl Thälmanns einzusetzen! D. R. d. SAZ.) Deshalb gilt es insbesondere, den demagogischen Versuchen der „linken“ Sozialfaschisten (Seydewitz, Brandler, Urbahn & Co.) ihren Vorschlägen zur Bildung von Kartellen und heuchlerischen Angeboten der Einheit (mit den Sozialfaschisten) mit rücksichtsloser Schärfe entgegenzutreten; jedes, auch nur das leiseste Zeichen von Duldsamkeit gegenüber derartigen Manövern des „linken“ Sozialfaschismus, jeder Versuch, mit diesen Konterrevolutionären auch nur zu verhandeln, kommt einem Verrat gleich und erfordert die stärksten Maßnahmen der Parteidisziplin gegen diejenigen, die sich solcher Verhandlungen schuldig machen.“

Als dieselbe Führung, deren totale Unfähigkeit soeben durch das Resultat der Reichspräsidentenwahl erneut erwiesen wurde, im August vergangenen Jahres die Kommunistische Partei zur Teilnahme an dem faschistischen Volksentscheid mißbrauchte, schrieb die inzwischen eingegangene Tageszeitung der KPD (9. 8. 31):

„Uns fällt es schwer zu glauben, daß nur Unfähigkeit und keine anderen Motive diese politische Linie bestimmen. Vielleicht werden später einmal unter der proletarischen Diktatur die Polizeiakten Auskunft geben können.“

Man wird unwillkürlich an dieses harte Urteil erinnert, wenn man das vorstehend zitierte Rundschreiben liest. Bei alledem bleibt nur verwunderlich, wie die Führer des Restes der KPD, die Brandler und Thalheimer, der KPD-Führung wieder und wieder bestätigen, daß ihre Politik den kommunistischen Grundsätzen entspreche. Das müßten ja recht sonderbare kommunistische Grundsätze sein. In Wirklichkeit ist die Politik der KPD-Führung der reine Hohn auf den Kommunismus, und deshalb muß gegen diese Politik im Interesse der Einheit der Arbeiterklasse, im Interesse des Kommunismus der schärfste Kampf geführt werden.

Keuch in der Harzbücker Front

Verfall des Stahlhelms

Seldte und Düsterberg erledigt — Will Hitler den Wahlkampf aufgeben?

Berlin, 16. März 1932.

Wie wir erfahren, hat der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, am Tage nach der Wahl, mit schweren Vorwürfen gegen die Stahlhelmführung begonnen. Unter Zugrundelegung bestimmter Resultate, insbesondere aus dem Bezirk Grenzmark, hat er den Nachweis zu führen versucht, daß die Stahlhelmverbände der Parole des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot für den ehemaligen Oberstleutnant Düsterberg zum größten Teil nicht gefolgt seien und statt dessen den gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg gewählt haben. Hugenberg hat darauf hingewiesen, daß er von allem Anfang an der Aufstellung Düsterbergs widerraten habe, weil er diesen für nicht genügend zugkräftig gegenüber dem Marschall und Ehrenpräsidenten des Stahlhelmverbundes von Hindenburg angesehen habe und daß er nur dem Druck der Stahlhelmführung gewichen sei. Hugenberg hat sich auch geweigert, den größten Teil der Druckkosten und Agitationskosten-Rechnungen des Stahlhelms zu übernehmen, und der Stahlhelm hat daher seinen Gläubigern, vor allem dem Verlag der „Deutschen Tageszeitung“, die fast alle Wahlflugblätter und Plakate für Düsterberg gedruckt hat, mitgeteilt, daß er sich vorläufig außerstande sähe, diese Schulden zu begleichen. Hierüber wird in den nächsten Tagen noch mehr zu sagen sein.

Die Nationalsozialistische Partei hat die Wahlagitiation mit einem solchen Aufwand von Mitteln oder vielmehr von Krediten geführt, daß deren Begleichung heute in weite Ferne gestellt ist. Vorsichtige Schätzungen sprechen davon, daß sich die Gesamtkosten ihrer Wahlagitiation mindestens auf zehn, aller Wahrscheinlichkeit nach aber sogar auf elf Millionen Reichsmark belaufen.

In Berlin allein sind vom Gau der NSDAP für etwa 2½ Millionen Mark Druckaufträge für Flugblätter, Säulenplakate und Wahlzeitungen ausgegeben worden; die Gläubiger werden den größten Teil ihrer

Forderungen in den Schornstein schreiben müssen.

Noch bedenklicher aber für die Schlagkraft der Nationalsozialistischen Partei ist der Umstand, daß eine ganze Reihe von Gauleitern der Partei in München mitgeteilt haben, daß ihre Leute durch den Wahlkampf bis aufs letzte ausgepumpt und erschöpft sind und allenfalls nach einer Ruhepause von mindestens vierzehn Tagen erst wieder zur neuen Agitation in Front gebracht werden können. Unter dem Druck dieser Mitteilungen wird, wie wir mit Sicherheit wissen, in München gegenwärtig die Frage diskutiert, ob Hitler nicht — unter Ausgabe einer neuen Parole — die Austragung des Wahlkampfes gegen Thälmann allein dem Feldmarschall Hindenburg überlassen soll. Es wird davon gesprochen, sich auf die Austragung des preußischen Wahlkampfes zu konzentrieren und die Nazi-Organisation aus dem zweiten Wahlgang um die Präsidentschaft zurückzuziehen.

Fingerhut freigesprochen

TU Wuppertal, 15. März 1932.

Unter großem Andrang des Publikums wurde heute das Urteil im Fingerhut-Prozeß verkündet. Das Urteil der großen Strafkammer des Landgerichtes Wuppertal-Elberfeld vom 13. Februar 1924, das wegen gewerbmäßiger Hehlerei auf 18 Monate Zuchthaus erkannt hatte, wird aufgehoben, soweit es den Angeklagten Fingerhut betrifft. Der Angeklagte wird freigesprochen, da kein begründeter Verdacht der Hehlerei mehr vorliegt. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Fingerhut war zur Last gelegt worden, Bohrer mit Krupp'schen Firmenzeichen abgeschliffen und als eigene Erzeugnisse verkauft zu haben.

Das faschistische „Paradies“

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die am 31. Januar 1932 betrug, ist zum 29. Februar nach amtlichen Angaben auf 1 147 945 gestiegen. Davon erhalten 302 000 Personen Arbeitslosenunterstützung.

Die Internationale der Sozialreaktion

Warschau, 15. März 1932

Der Sejm erledigte am Montag nachmittag eine Reihe von Regierungsvorlagen und Gesetzen, u. a. wurde eine Novelle zum Arbeitslosengesetz verabschiedet, durch die die Wartezeit um sechs Wochen verlängert und die Unterstützung um die Hälfte verringert wird.

Schließlich hat der Regierungsblock nach heftiger Aussprache gegen die gesamte Opposition die Vollmachten für die Regierung angenommen.

Verschärfter Wirtschaftskrieg gegen Polen

Berlin, 15. März 1932

Es ist damit zu rechnen, daß der Obertarif zum deutschen Zolltarif bereits in der aller-nächsten Zeit für eine Reihe polnischer Erzeugnisse in Kraft gesetzt wird. Es wird sich hauptsächlich um solche Positionen handeln, bei denen die Polen auch ihrerseits Einfuhrverbote gegen Deutschland verhängt haben.

Kabinettsumbildung in Tokio

Der japanische Innenminister Nakahaschi hat dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch überreicht. Er begründet sein Gesuch mit Gesundheitsrücksichten. Das Amt ist vom Ministerpräsidenten Inukai übernommen worden. Der Rücktritt zeigt die verschärfte politische Situation in Japan an.

Zucker-Zündholz-Monopol in Persien. Die persische Regierung hat ein Monopol für Zucker und Zündhölzer geschaffen.

Der 19jährige José Melgar, der am 6. März den peruanischen Präsidenten Cerro zu ermorden versuchte, ist am Dienstag durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Ein Helfershelfer wurde ebenfalls zum Tode verurteilt, ein weiterer erhielt 20 Jahre Gefängnis.

Der tolle März

Revolutionstage in Paris, Berlin und Wien / Geschldert von Fritz Rück

5. Fortsetzung

Aufstand der Arbeiter

Aber in derselben Nacht vom 13. auf den 14. März traten andere Massen auf die Bühne der Ereignisse. Die Arbeiter der Vorstädte, die durch Abgesandte von den Kämpfen in der Stadt erfahren hatten, verließen ihre Wohnhöhlen und begannen die Brandfackel ihrer Empörung anzuzünden.

Das Wiener Proletariat trat in die revolutionäre Bewegung nicht mit schönklingenden Phrasen, sondern durch einen ungeheuren Haßausbruch gegen seine Peiniger und Unterdrücker. Als solche sahen die Arbeiter neben dem Fürsten Metternich und der Hofkamarilla die Kapitalisten, von denen sie ausgebeutet wurden. In der Hölle des Frühkapitalismus war den Wiener Arbeitern ein besonders schreckliches Los zugefallen. Bei niedrigsten Hungerlöhnen und großer Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit waren sie allen Zufällen des erbitterten Konkurrenzkampfes ausgesetzt, den die emporstrebende Textilindustrie zu führen hatte. Jede neu eingeführte Maschine setzte viele Arbeiter aufs Pflaster, stieß sie ins Lumpenproletariat oder lieferte sie erbarmungslos dem Hungertod aus. So erzeugte die Not des Proletariats in den Wiener Vorstädten denselben Haß gegen die Maschinen, der zwanzig Jahre vorher in der englischen Chartistenbewegung eine so große Rolle gespielt hatte, und der die schlesischen Weber beseeelte, als sie ihren Fabrikanten auf den Leib rückten. In der Nacht vom 13. zum 14. März gingen in den Vorstädten Wiens eine ganze Anzahl von Fabriken in Flammen auf, die verhungerten Arbeiter stürmten Lebensmittelläden und richteten ihre Wut gegen alle öffentlichen Gebäude.

Bereits am ersten Tage des Kampfes zeigte sich in Wien die doppelte Front der Revolution. Im Kampfe gegen den Absolutismus gingen Arbeiter, Studenten und — sehr zaghaft — große Teile des Bürgertums zusammen. Aber immer war den Bürgern und auch einer großen Mehrheit der Studenten die Mitwirkung der Arbeiter unangenehm, und sie waren bereits im ersten Stadium der Revolution bereit, Bütteldienste gegen die rebellischen Arbeitermassen zu leisten. Auch in der Nacht vom 13. auf den 14. März schickte die Regierung nicht etwa Truppen gegen die Arbeiter, sondern Studenten- und Bürgerpatrouillen. Die meisten Opfer dieses Tages fielen nicht in der Innenstadt im Kampfe gegen das Metternichsche System, sondern wurden getötet von Nationalgardien oder Bürgermilitär vor den Toren. Nach dem 15. März setzte dann auch der Rachefeldzug gegen die rebellierenden Arbeiter der Vororte mit voller Wucht ein.

Zwischen Konzessionen und Rüstungen

Und doch hatte die Erhebung der Arbeiter vor den Toren die Revolution im Innern der Stadt gerettet. Unter ihrem Eindruck gewährte der erschrockene Hof die ersten Konzessionen: Bewaffnung der Studenten und Abdankung Metternichs. Als die Regierung versuchte, die gesamte Bürgerwehr und alle Studenten gegen die Proletarier der Vorstädte zu schicken, stützten die Studenten und blieben innerhalb der befestigten Linien. Erst einmal draußen, war es ein leichtes, sie nicht mehr in die Stadt hereinzulassen und alle Zugeständnisse zurückzunehmen. Die wichtigsten Forderungen waren noch gar nicht bewilligt, weder Pressefreiheit noch eine Verfassung waren gewährt. Und die Militärbehörden warteten nur auf den Moment, wo sie ihren Haß gegen die revolutionäre Bewegung praktisch beweisen konnten. So sagte ein General zu einer Deputation, die militärische Hilfe für Meidling erbat: „Geht jetzt nach Hause, schlägt die Arbeiter tot und kommt dann herein, schließt euch uns Soldaten an und schlägt dann mit uns die Wiener Bürger zusammen.“

Ein Erlaß des niederösterreichischen Re-

gierungspräsidenten vom 14. März enthält folgenden Passus: „Es werden daher alle Haus- und Familienväter, alle Inhaber von Fabriken und Werkstätten aufgefordert, ihre Angehörigen und Untergebenen, insofern sie nicht zur regelmäßig bewaffneten Einwohnerwehr gehören, zu Hause zu halten, um die Menschenmenge auf den Straßen nicht zu vermehren...“ Trotzdem war die Stadt von Menschen erfüllt wie am Tage vorher. Vor dem Zeughaus drängten sich Angehörige aller Stände und wollten Waffen. Infolge des großen Andranges erhielten auch andere als

Studenten und Bürger Waffen ausgehändigt. Der Plan, in die Burg einzudringen und dort die Gwährung der Volkswünsche zu erzwingen, nahm immer greifbarere Gestalt an. Eine Deputation nach der anderen wurde in die Burg geschickt, um die Gewährung einer Konstitution zu verlangen. Durch kleine Zugeständnisse suchte die Regierung die Empörung zu dämpfen, während sie gleichzeitig ihre Rüstungen verstärkte. So wurde am Nachmittag die Errichtung einer Nationalgarde bekanntgegeben, kurz darauf jedoch der Erzreaktionär Windischgrätz zum Oberbe-

fehlshaber aller Truppen, das hieß in Wirklichkeit, zum Diktator von Wien ernannt. Windischgrätz war seit langem bekannt als eingefleischter, verbissener Reaktionär und hartnäckigster Gegner jedes Zugeständnisses an die liberalen Forderungen. Als die Nachricht von der Ernennung von Windischgrätz bekannt wurde, streiften sich die bewaffneten Wehrmänner die weiße Binde vom Arm. Nicht Friedensstifter, sondern entschlossene Kämpfer waren jetzt notwendig. Die Farbe der Studenten wurde das revolutionäre Rot.

(Weitere Artikel folgen.)

Verdorbene Wurst

Aus dem Struck-Prozeß

Aus Braunschweig wird berichtet:

In dem Prozeß gegen den Direktor der Fleischwarenfabrik Struck, der Zweigniederlassung des Karstadt-Konzerns in Giesmarode, Dr. Teitge, handelt es sich in der Hauptsache um die Frage, ob der Angeklagte von der Verarbeitung der schlechten Fleischwaren unterrichtet war und ob er dazu irgendwelche Anweisungen gegeben hat. Teitge lehnte in seiner Vernehmung alle Verantwortung ab, da er als kaufmännischer Direktor von technischen Betriebsfragen nichts verstanden habe. Er machte dafür den verstorbenen technischen Direktor Husemann verantwortlich.

Es stellte sich aber im Verlaufe der Zeugenvernehmung heraus, daß Teitge über die Verarbeitung der beanstandeten Fleischwaren gemeinschaftlich mit Husemann Anordnungen getroffen hat. Teitge erklärt, die schlechte Beschaffenheit des beschlagnahmten Specks,

der zu Wurst verarbeitet werden sollte, nicht gekannt zu haben. Er hält auch die beschlagnahmten 24 Kisten alter Schlackwurst für genießbar. Sie hätte zu Jauerschen Würstchen verarbeitet werden können. Die sachverständigen Zeugen aber, die bei der Beschlagnahme zugegen waren — es handelt sich um zwei Schlächtermeister —, waren anderer Ansicht, denn sie fanden

Würste, die mit Maden durchsetzt waren. Nach den Angaben von früher im Betriebe beschäftigt gewesenem Angestellten scheint auch der Nahrungsmittelchemiker Dr. Serger, der von der Firma Struck angestellt worden war, seine Aufgabe nicht immer richtig erfüllt zu haben. Die Meister wagten nichts mehr zu beanstanden, da sie befürchteten, auf die Straße gesetzt zu werden. So erging es einem Betriebsleiter, der den Direktoren wegen der schlechten Beschaffenheit der Waren Vorhaltungen gemacht hatte.

Verhinderte Märtyrer

Das „Attentat“ auf Hitlers D-Zug

Erfurt, 16. März 1932.

Der Schnellzug, mit dem Adolf Hitler, Frick und Goebbels am Dienstag nach Weimar zur Vernehmung vor den Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtages fuhrten, wurde bei der Station Kahla von unbekanntem Tätern beschossen. Kahla ist die dritte Station vor Jena, wo die nationalsozialistischen Führer den Zug verließen, um nach Weimar weiterzufahren. Die Tatsache, daß sie in diesem Schnellzug reisten, hat natürlich die Nazihelden, die sich allein im Mittelpunkt alles Weltgeschehens fühlen, veranlaßt, das Gerücht von einem „Attentat“ auf Hitler, Frick und Goebbels in die Welt zu setzen.

Die zuständige Reichsbahndirektion Erfurt hat nun sofort eine Untersuchung des Vorfalles eingeleitet. Nach den bisherigen Feststellungen ist eine Fensterscheibe eines Wagens III. Klasse durch eine Kugel zertrümmert worden. Reisende kamen dabei nicht zu Schaden. Der Tatort in der Nähe des Schützenhauses Kahla liegt völlig frei, und man hat auch bereits festgestellt, daß sich bei dem schönen Wetter gestern Nachmittag Ausflügler an dieser Stelle aufgehalten haben, von denen

keiner einen schußähnlichen Knall gehört haben will. Die weitere Untersuchung ist im Gange, es ist aber nach Lage der Dinge zweifelhaft, daß es sich nicht um ein vorsätzliches Attentat, sondern um eine der leider häufigen Beschießungen von Eisenbahnzügen oder auch vielleicht um eine verirrte Kugel handelt. —

Die Herren mit dem Märtyrer-Bedürfnis haben sich also wieder mal gründlich blamiert. Selbst das Goebbels-Blatt muß das verschämt zugeben.

Nazis zersetzen Reichswehr

In der sozialdemokratischen „Osthüringer Tribüne“ werden „von besonders gut informierter Stelle“ einige Dokumente wiedergegeben, die die Zersetzungsarbeit der Nationalsozialisten in der Reichswehr beweisen. Unter ihnen befindet sich der Bericht eines „Vertrauensmannes“, der sich über die nationalsozialistischen Zellen im Ausbildungsbataillon des 17. Infanterie-Regiments in Celle folgendermaßen äußert:

„R.W.I.R.“	Nr. 17	Celle
Major Georgi	Nationalsozialist	sicher
Hptm. Sievers	Nationalsozialist	sicher
Hptm. Gieseler	behauptet, NS zu sein	
Obtln. v. Döring	national	
Obtln. Bandelow	?	
Obtln. Brinkmann	?	
Obtln. Petersen	behauptet, NS zu sein	
Ltnt. v. Bülow	national	
Ltnt. v. Kunowsky	Nationalsozialist	sicher
Ltnt. Mantius	Nationalsozialist	sicher

Kasinogruß: „Heil!“

Mannschaften: zu 1/3 gut für uns
R. VII/X (L. S.)

Abschrift genommen.
Geht zurück an R. VII bei Utgf. Süd
H. 9/3 31.“

Die hier genannten Offiziere repräsentieren den Gesamtbestand des Offizierkorps des Ausbildungsbataillons, mit Ausnahme eines Kompagnie-Chefs, des Hauptmanns Koch.

Regimentskommandeur ist jener Oberst Geyer in Braunschweig, der durch seinen Bericht an den Reichsinnenminister Groener über die von ihm nicht beobachteten nationalsozialistischen Ausschreitungen in der Stadt Braunschweig anlässlich des Nazi-Tages bekannt geworden ist.

Fünfzig Dörfer unter Wasser

Im Nordkaukasus

Tiflis, 16. März 1932.

Infolge außerordentlich starker Schneefälle in dem nordkaukasischen Gebirge und plötzlich einsetzenden Tauwetters, ist der Kuban-Fluß über seine Ufer getreten. Acht Bezirke sind überschwemmt, über fünfzig Dörfer unter Wasser gesetzt. Die Regierung hat unverzüglich Maßnahmen zur Bekämpfung der Ueberschwemmung und zum Abtransport der Bevölkerung aus den von der Katastrophe betroffenen Gebieten ergriffen. — Seit 50 Jahren hat man im Nordkaukasusgebiet derartig starke Schneefälle nicht mehr beobachten können.

Die bekannte indische Dichterin Frau Naldu ist zur Nachfolgerin des am Sonnabend verhafteten Präsidenten des Allindischen Kongresses Azad ernannt worden.

Volks-Sinfonie-Konzert

Berlin, 16. März 1932.

Das Städtische Volks-Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Furtwängler bot, zumindest im ersten Programmteil, leichte musikalische Kost: die Sinfonie B-Dur von Haydn und Till Eulenspiegels lustige Streiche von R. Strauß.

Haydns B-Dur-Sinfonie: ein musikalisches Brillantfeuerwerk. Raketen musikalischen Humors steigen auf, Lichtschlangen österreichischer Ausgelassenheit jagen dazwischen, vereinigen sich zu immer wieder neuen Motiven, die Motive gehen immer wieder neue Verbindungen ein, geben andere musikalische Bilder: ein Werk voller Ueerraschungen und Pointen. Und was für ein genialer Pyrotechniker dieser Furtwängler ist!

Till Eulenspiegels lustige Streiche ist wohl das beste von R. Strauß. Habt ihr den spindeldürren Narren mit dem spitzen Kinn, der langen Nase und den großen Zehenspitzen gesehen? Das ist ein Versteckspiel der Instrumente, eine Verhaltenheit, ein plötzliches, unerwartetes Dazwischenplatzen. Plötzlich ist die rote Zipfelmütze des Till verschwunden, dann ist sie wieder da, dann ist er ernst, und dann lacht er aus vollem Halse. Man fragt sich: war Eulenspiegel ein Narr oder waren die Menschen Narren, die sich vom einem begabten Schauspieler auf die Schippe nehmen ließen? Das Publikum am Dienstagabend schien sich gar: narren zu lassen, denn der Beifall war überschwänglich.

Nach der Pause: Brahms, Sinfonie Nr. III F-Dur. Ganz und gar anders als Haydn und Strauß. Schwermütige Melancholie. Aus der romantischen Beeinflussung durch Schumann, die sich wohl in allen seinen Werken zeigt, hat er sich zu klassischer Klarheit durchgearbeitet. Furtwänglers Interpretation war phantastisch schön.

Den Veranstaltern dieser wirklichen Volkskonzerte (Eintritt 50 Pfennig, Programm frei) ist für ihre Initiative zu danken.

H. D.

JUNO  **6 Stück 20**

IST SOWJETWIRTSCHAFT KAPITALISMUS?

Von Louis Fischer, Moskau

Im Anschluß an unsere Moskau-Reportage drücken wir diese Betrachtungen, die wir im Berliner „Tagebuch“ finden. Gerade der Umstand, daß es sich hier um eine Darstellung von bürgerlicher Seite handelt, macht diese Gedankengänge besonders gravierend.

Redaktion der „S A Z“.

Die Sowjetunion macht ununterbrochen wirtschaftliche Fortschritte. Das Ausmaß ihres industriellen Aufbaus übertrifft, so glaube ich, das der Vereinigten Staaten während der großen Expansion nach Westen und das Englands während seiner industriellen Revolution. Aber sowohl Amerika wie England haben während verschiedener Stadien ihrer Entwicklung schnell und gut aufgebaut. Auch Deutschland und Japan haben dies getan. Es gab Zeiten, da diese Länder, so wie heute Rußland, Arbeitslosigkeit nicht kannten. Ein schnelles Wachstum der Industrie ist keine Eigentümlichkeit eines sozialistischen Staates.

Der Fünfjahresplan hat sicherlich bewiesen, daß der Kommunismus zum Aufbau ebenso fähig ist wie zur Zerstörung. Außerdem ist die Zeit ein entscheidender Faktor für alle menschlichen Dinge, und die Tatsache, daß die Periode des ungeheuren Aufbaues der Sowjetwirtschaft zusammenfällt mit Jahren der Krise, des finanziellen Zusammenbruchs, der allgemeinen Arbeitslosigkeit und der massenhaften psychologischen Niedergeschlagenheit in den bürgerlichen Staaten, hebt die Errungenschaften Rußlands besonders hervor.

Nur Industrialisierung?

Es ist aber notwendig, zu zeigen, daß die Idee und die Durchführung des Fünfjahresplans sich grundlegend und qualitativ von den Prozessen der Industrialisierung unterscheiden, die ihm in den kapitalistischen Ländern vorangegangen sind, bevor man von der Einzigartigkeit der Sowjetunion sprechen kann.

Die Jugend der kapitalistischen Länder und natürlich auch ihr Mannesalter war ein Amoklauf des Individualismus. Der Sieg gehörte dem Stärkeren. Die Frühgeschichte zahlreicher großer amerikanischer Trusts ist eine Chronik von Verbrechen, ausgeführt mit den Grabsteinen derjenigen, die fielen, damit wenige Erfolg hatten. Diese Ausgangsperiode hat der nationalen Psychologie ihren Stempel aufgedrückt. Die bestehenden Mächte der wirtschaftlichen Welt verherrlichen den Individualismus, weil er die Leiter war, auf der sie zum Erfolg emporgestiegen sind. In diesem Geist ist der Individualismus eine Waffe zur Unterdrückung der Schwachen.

Rußland wird durch eine kollektive Anstrengung aufgebaut, und die menschliche Natur selbst paßt sich diesem konkreten, unüberwindlichen Umstand an. In seinem Pionierstadium, in dem der Charakter seines Volkes geformt wird, unterdrückt das politische und wirtschaftliche System der UdSSR streng alle Bestrebungen zu persönlicher Bereicherung und Eigenbesitz. Diejenigen, die am wenigsten für sich selbst und am meisten für die Massen tun, werden in der Sowjetgesellschaft am höchsten gepriesen. Es wächst eine Generation heran, die keinen Wert auf individuellen Reichtum legt und selbst Besitz als „bürgerlich“ betrachtet. Der Bolschewismus gestattet das Sparen, die Anlage in Wertpapieren, die Zahlung von Zinsen. Ein Russe kann reicher sein als ein anderer. Geld kann in Sowjetrußland wohl Komfort oder Luxus verschaffen, aber niemals Macht. Kein Bürger kann seine Mittel dazu benutzen, um Fabriken oder Häuser zu bauen. Der Reichtum des einzelnen ist, mit anderen Worten, kein Kapital. Er ist nur ein Mittel der Konsumtion.

Mensch und Arbeit

Vor einiger Zeit wohnte ich in Moskau einer Konferenz der Leiter aller der gewaltigen Bauprojekte bei, die die Sowjetregierung auf Grund des Fünfjahresplans in Angriff genommen hat. Es waren anwesend der Direktor von Magnitogorsk, der größten Stahlstadt der Welt, der von Dnieperstroi, des größten Staudammes der Welt, der Direktor der Automobilwerke von Nischni-Nowgorod usw. usw. Nach den Verhandlungen kamen sie zu mir, um sich vorzustellen. Der Russe stellt sich vor, indem er seinen Namen nennt. Aber diese Direktoren sagten, statt ihre Hand mit den Worten „Dybets“ oder „Iwanow“ oder „Sidorow“ auszustrecken, „Autostroi“, „Dnieperstroi“, „Magnitogorsk“... Sie sind mit ihrer Arbeit verschmolzen und mit ihr identifiziert.

Die Initiative

Verringert die kollektivistische, nicht individualistische Methode der Sowjets das Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts? Sind persönlicher Antriebe und Initiative ausgeschaltet? Stalins Lohn ist natürlich nicht das Gehalt von 300 Rubeln monatlich, das er erhält. Ebenfalls arbeiten die meisten prominenten und einfachen Kommunisten Tag und Nacht, um der elenden Bezahlung willen, die sie erhalten. Sie werden zur Selbstaufopferung und zu einer fast irrationalen Verausgabung von Energie angetrieben durch den Willen der Bewegung zum Erfolg, durch einen starken Glauben an die Richtigkeit und die Erfolge

ihrer Politik und durch die Befriedigung, die ihnen die Teilnahme an der Erfüllung eines Lebensideals gewährt. In verschiedenem Maße durchdringt derselbe Geist Millionen von Arbeitern, aber für das Proletariat und die Bauernschaft, wie auch für den Kern der parteilosen staatlichen Angestellten ist die finanzielle Belohnung der Hauptantrieb. Dennoch ist daneben und darüber hinaus auch ein soziales Motiv wirksam. In jedem Land mag ein Schriftsteller, wenn er schreibt, an Tantiemen und Honorar denken. Nichtsdestoweniger ist der Beifall der Öffentlichkeit ein wichtiges Element seiner „Entlohnung“. Der Beifall erhöht nicht das Einkommen, das ein Musiker erhält, aber er macht in glücklicher, Er spielt mit mehr Hingabe, wenn die Zuhörerschaft ihm applaudiert. In diesem Sinn befindet sich jeder Arbeitende in Sowjetrußland in einer ähnlichen Lage wie dieser Künstler. Die Betriebe gehören der Nation. Die Nation spendet dem erfolgreichsten Betrieb und den besten Arbeitern jedes Betriebes ihren Beifall. Die Sowjetzeitungen beschreiben den Bau einer Fabrik oder den Fortschritt einer Industrie mit demselben Reichtum an Einzelheiten, den ausländische Blätter für Liebestragödien oder Mordgeschichten übrig haben. Der Arbeiter steht im Rampenlicht. Er sonnt sich darin und reagiert darauf. Das Interesse an seiner Tätigkeit und seinem Wohlergehen schafft eine Begeisterung, die das Tempo des Fortschrittes beschleunigt. Das alles gehört zu dem Kollektivgeist, der das Sowjetsystem so stark auszeichnet.

Planmäßigkeit

Das Planmäßige ist ein weiteres besonderes Merkmal und ein anti-individualistischer Zug der bolschewistischen Wirtschaft. Wenn die bürgerlichen Ökonomen von der Anwendung eines Planes auf den Kapitalismus sprechen, so schlagen sie praktisch eine Heirat zwischen Kollektivismus und Individualismus vor. Sie möchten Elefanten und Füllfedern zusammenaddieren. Sie möchten Apfelsinen auf Zwiebeln aufpfropfen. Individualismus und Kollektivismus sind einander artfremd.

Der Plan unterscheidet den Sowjetsozialismus organisch vom Weltkapitalismus. Die Planwirtschaft hat nicht nur offenkundige und nunmehr allgemein anerkannte Vorteile gegenüber der Anarchie und der Vergeudung der kapitalistischen Produktion, aber auch die Organisation, die Arbeit und die Leitung der Industrie sind in der UdSSR ganz anders als in den übrigen Staaten. Ersten sind Eigentum und Betriebsführung hier staatlich. Dann besteht hier die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Industrie. Die Klasse der Kapitalgeber, die verdient ohne zu arbeiten (im Gegensatz zur Klasse die arbeitet, ohne viel dafür zu bekommen), ist ausgeschaltet worden. Der Wettbewerb ist nicht ganz verschwunden. Der eine Trust ist bestrebt, dem andern verfügbare Transportmöglichkeiten, Arbeiter und Kredite wegzuschlagen. Ein gewisses Maß von Rivalität ist geblieben. Obwohl der Leiter eines Sowjetunternehmens nicht einen Rapfen mehr verdient, wenn er die Erzeugung vermehrt oder einen größeren Gewinn erzielt, versucht er nach Kräften, seinem Nachbarn überlegen zu werden und seine Ausrüstung wie auch seine Rohstoffe möglichst zu erhöhen. Der Plan bricht überdies stellenweise zusammen. Eine Unfehlbarkeit gibt es nicht, und zahlreiche Elemente trotz der Kontrolle oder Voraussicht. Ungenauheiten dieser Umstände verringern die Planwirtschaft die Vergeudung und das Gegenüberarbeiten auf ein Minimum und schließlich direkte Verluste aus, die z. B. von der Ueberproduktion und von einer schlecht organisierten Konsumtion herrühren. Es gibt hier keine kostspielige Reklame.

Der grundlegende Unterschied vom Kapitalismus

Es wird oft behauptet, daß Stalin sich zu kapitalistischen Methoden in der Industrie bekannt habe. Ist die Forderung, daß jeder Trust oder jeder Betrieb sich selbst tragen soll, nicht ein Zugeständnis an den Kapitalismus? Wenn ein Betrieb nicht nachweisen kann, daß er Aufträge hat, kann er von der Staatsbank keine Kredite mehr erhalten. Den Industrien wird nunmehr erlaubt, einen größeren Teil ihrer Gewinne zu Neuanlagen und zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Arbeiter zurückzubehalten. Auch dies würde als ein Rückfall in den Kapitalismus bezeichnet.

Nun ist es vollkommen richtig, daß die Sowjetregierung zahlreiche Methoden des Privatkapitalismus anwendet. Sie unterhält z. B. große Betriebe, sie zahlt Löhne, sie erzeugt Güter und verkauft sie für Geld. Ein Traktor, der bei Henry Ford hergestellt ist, mag ein genaues Ebenbild eines Traktors, der in Stalingrad erzeugt worden ist, sein. Dennoch ist der Detroitser Betrieb Privateigentum und die Fabrik an der Wolga staatliches. Der amerikanische Traktor wird gewöhnlich an einen privaten Farmer verkauft; der Sowjettraktor an eine Kollektive. Für Ford ist eine Arbeit eine Ware wie Stahl und Glas. Er kauft sie auf dem Markt. In der Sowjetunion ist der Arbeiter die Achse der Welt. Seine Interessen kommen zuerst.

Die Wolle macht denselben Weg von dem Rücken des Schafes zum Kleiderladen, ganz

gleich, ob dies in Moskau oder Berlin oder New York geschieht. Der Erzeugungsprozeß ist der gleiche. Worin also besteht der Unterschied? Der Unterschied besteht darin, daß die sozialistische Industrie nicht um des Profits willen produziert. In Berlin und New York fragt der Kaufmann sich, wieviel er für einen Anzug bekommen kann. In Moskau fragt das staatliche oder genossenschaftliche Geschäft sich, welchen billigsten Preis es sich leisten kann. Damit ist nicht gesagt, daß die Preise in Rußland niedriger seien als in Amerika und Europa. Augenblicklich ist die UdSSR ein technisch rückständiges Land, und die Kosten der Produktion sind übermäßig. Aber der bolschewistische Grundsatz der Preisbestimmung ist demjenigen, der in den bürgerlichen Ländern herrscht, diametral entgegengesetzt. Die Löhne werden so hoch festgesetzt, wie der Staat sie zahlen kann, und nicht so niedrig, wie der Arbeiter das hinnimmt. Der Mensch ist nicht für die Industrie da, sondern die Industrie für den Menschen. In einer Gesellschaft, die anti-individualistisch ist, kann das Individuum im Endeffekt reichere Früchte ernten als unter einem ausgesprochen individualistischen System.

Die letzten kapitalistischen Reste werden beseitigt

„Stalinismus“ soll, wie behauptet wird, ein Kompromiß mit dem Kapitalismus darstellen. In Wirklichkeit aber war die Sowjet-Zahlenpolitik noch nie so eine radikale wie heute. Seit dem Aufkommen dessen, was als „Stalinismus“ bezeichnet worden ist, schreitet eine mächtige, ununterbrochene und laut verkündete Kampagne fort, deren Ziel es ist, die letzten schwachen Wurzeln des Privatkapitalismus sowohl in der Sowjetstadt als auch im Sowjetdorf auszuroden. Was bleibt, ist nicht lebensfähig. Ueberdies gibt es hier keinen Rückweg zum Kapitalismus. Zick-Zack-Bewegung nach rechts und links sind möglich. Aber in Rußland ist keine ausgesprochene Abweichung vom Anti-Kapitalismus der Bolschewiki denkbar, wenn die Sowjetregierung nicht gestürzt wird, und die Propheten dieser Möglichkeit sind in der letzten Zeit recht schweigsam geworden. Die neue Generation in der Sowjetunion kennt den Kapitalismus nicht, hat ihn aber nichtstedenweniger. Gewisse sichtbare Errungenschaften des Bolschewismus werden nicht bereitwillig preisgegeben werden. Abgesehen von der sozialen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus machen jedoch auch die objektiven Tatsachen und die realen Einrichtungen die Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland unmöglich oder zumindest zu einem kostspieligen Abenteuer.

Der Zusammenbruch des Sowjetregimes ist theoretisch möglich, aber die rasche Entwicklung der sozialistischen Züge der Wirtschaft erschwert im wachsenden Maße die Ersetzung der Formen, die heute bestehen, durch andere, kapitalistische. Die landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften sind ein hervorragendes Beispiel dafür. Wenn die Sowjets vor der Kollektivierung von der Macht vertrieben worden wären, hätte der Kapitalismus auf dem Lande in ihre Fußstapfen treten können, ohne die Organisation der Produktion oder die äußere Hülle des Wirtschaftslebens zu ändern. Aber 100 000 Traktoren sind 100 000 Hindernisse für ein neues Regime. Wenn die Kollektivwirtschaften unter einem neuen kapitalistischen Staat zerfallen, wem sollen dann die Traktoren, die Tausende von Mähreschern und anderen landwirtschaftlichen Maschinen gehören? Die russischen Bauern sind zu arm, um sie einzeln zu besitzen. Eine gewisse Form des Kollektivismus muß bleiben. Dennoch würde eine kapitalistische Ordnung versuchen, den Kollektivismus und damit auch die Mechanisierung zu vernichten. Wenn es ihr gelänge, die genossenschaftliche Organisation der Dörfer zu zerstören, würde die Landwirtschaft einen furchtbaren Rückfall in die Primitivität der Vorkriegszeit durchmachen. Die gewaltigen Staatsgüter, auf denen die Bauern nur Angestellte des Staates sind, stellen ein noch größeres Hindernis für andere als die Sowjetmethoden der Landbebauung dar; denn hier ist die Grundlage der Arbeit eine Massenproduktion von Getreide, die von einer zentralen Leitung unter Bedingungen einer hundertprozentigen Mechanisierung bedingt wird. Wenn die private Initiative ein gewöhnliches Staatsgut übernehme, dann würde das Gut in vielleicht 5000 einzelne Wirtschaften aufgeteilt werden. 5000 private Wohnungen wären nötig, 5000 Pflüge, 5000 Scheunen, und wieder würde die Frage des Eigentums an der maschinellen Ausrüstung und ihrer Benutzung auftauchen. Je mehr Staatsgüter organisiert werden, und je weiter die Kollektivierung fortschreitet, desto größer sind die rein tatsächlichen, objektiven Hindernisse, die sich einer Preisgaberökonomie als Züge des Bolschewismus auf dem Lande entgegenstellen.

Es gibt kein Zurück!

In der Stadt wäre der Zusammenbruch der Sowjets gleichbedeutend mit dem Ruin der Industrie. Alle Sowjetfabriken, Eisenbahnen, Bergwerke, Petroleumquellen, Wasserkraftwerke, Wälder, Zeitungen, Verlage, Wohnhäuser, Läden, Theater, Badeanstalten usw. gehören dem Staat oder halbstaatlichen Genossenschaften. Man stelle sich vor, daß dieser Staat verschwindet. Es gibt in Rußland keine

Kapitalisten, die imstande wären, alle diese wirtschaftlichen Einrichtungen zu übernehmen, und kein privates Kapital von nennenswertem Umfang. Es bleibt also die Vermutung, daß das neue Regime die Leitung der Industrie, des Verkehrs, der Verteilung und der Vergnügungen übernimmt — aber es könnte dies nur vorübergehend tun. Sein individualistisches, kapitalistisches Wesen würde gegen Staatseigentum und staatliche Betriebsführung protestieren. Wer würde die industriellen Betriebe kaufen? Nur Ausländer wären finanziell imstande, das zu tun. Rußland würde zu einer Kolonie der übrigen Welt werden. Aber die Weltbourgeoisie, die gegenwärtig unter der „Ueberproduktion“ leidet und stets an neuen Märkten interessiert ist, müßte sich der russischen Industrialisierung widersetzen. Sie würde es vorziehen, daß Rußland von Europa und Amerika Maschinen kaufe. Der Sturz des Bolschewismus in der UdSSR, würde infolgedessen dem wirtschaftlichen Wachstum des Landes ein Ende machen. Mehr noch, er würde unauweilich einen industriellen und landwirtschaftlichen Rückschritt bedeuten. Es ist sehr wohl möglich, daß eine Nation, die eine — wenn auch beschränkte Zeit — unter dem Sozialismus gelebt hat, zum Kapitalismus ebensohin zurückkehren kann, wie England und Amerika sich in feudale Staaten verwandeln können, ohne einen wirtschaftlichen Zusammenbruch heraufzubeschwören.

Neusalza-Spremberg

Die Ausstellung der Arbeiten der Verbandsberufsschule zeigte erfreulicherweise, daß die Schülerinnen und Schüler gut unterrichtet worden sind. Die Arbeiten verrieten Kenntnis und Intelligenz. Theoretisch und praktisch erzieht man die junge Generation zu brauchbaren Menschen, die in der Lage sein werden, einen neuen Staat aufzubauen zu helfen. — Eine Entlassungsfeier der Verbandsberufsschülerinnen und -schüler fand am Montag statt. In der Entlassungsrede des Schulleiters kam zum Ausdruck, daß leider der Schule die zum Ausbau nötigen Mittel fehlen. Wir meinen, daß der Staat noch genügend Geld hat, das man aber zu unnützeren Zwecken ausgibt. Für die Schulen hat das kapitalistische System kein Geld, wohl aber für Abfindungen, Panzerkreuzer, hohe Pensionen und Gehälter. Das scheint nötiger zu sein! Auch das muß und wird anders werden, die klassenbewußte Arbeiterschaft wird dafür sorgen!

Riesa

Eine deutliche Lektion erhielt die SPD bei den Vertreterwahlen des Konsumvereins in der Verteilungstelle Oststraße. Sie glaubte sich so Herr der Lage, daß sie der bisherigen Gepflogenheit entgegen eine reine Parteiliste einreichte. KPD und SAP sahen sich deshalb gezwungen, ebenfalls eine Liste einzureichen. Obwohl die SPD-Fanatiker dieser Liste ein klägliches Fiasko voraus sagten („Keine 10 Stimmen kriegt Ihr!“), unterlagen die Tolerierungsfreunde von der SPD mit 185 gegen 143 Stimmen.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Donnerstag, 17. März, 19.30 Uhr. Groß-Berliner Funktionärversammlung in Vogels Festsaal, Brückenstr. 2. — Alle erwachsenen Genossen heute, 11 Uhr, pünktlich, im Lokal Grünig, Charlottenburg, Fritschestraße, Ecke Pestalozzistraße. Betriebs- und Gewerkschaftsleiter: Sitzung Sonnabend, 19. März, 15.30 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Ortsgruppe Mitte: Heute, Donnerstag, ab 14 Uhr. Flugblattverbreitung. Treffpunkt beim Gen. Reich, Littenstraße 146. Ortsgruppe Tiergarten: Abholung der Zeitungen für die Zeitungspropaganda heute, Donnerstag, 18. 20 Uhr, beim Gen. Godesyandowski, Schleswiger Ufer 15.

SJV

Heute, Donnerstag, 17. März, 19.30 Uhr. Charlottenburg-Mitte: Arbeitsgemeinschaft. Frankfurter Allee 11, Märtafer. Mitte Nord: Kursus: Dora Fabian: Der Kampf um die Macht. Mitte Süd: Tagespolitik. Moabit: Arbeitsgemeinschaft II. Schöneberg-Friedensau: Aktivrunden. Südwest: Proletarische Führer rechts — links. Schneeweiß: Feiertunde (März). Wörther Platz „Matteotti“: Märzgefallenen-Gedenkstunde. Westend: Tagespolitik. Aktionsbezirk Nord-Ost: Heute, Prenzlauer Allee 34. ABL-Sitzung, Beginn 20 Uhr. Erscheinen aller ist Pflicht! Morgen, im Heim, Pankow, Mühlenstraße 77, Aktionsmitgliederversammlung. Mittellagen der BL. Märzkundgebung: Babylon (U-Bahn Schönhauser Tor). Erwerbslose und Jungdiene 20 Pf. Osterfestbesuch Montag 21. März. Programmdiskussion. Deutsche Friedensgesellschaft Berlin, Bezirk Südliche Vororte: Donnerstag, 17. März, 20 Uhr, im Restaurant Gärlitz, Mariendorfer Chaussee 19, spricht Hubert Frank über „Abrüstungsmethoden in Genf und in Deutschland“.

Bezirksverband Charlottenburg: Mittwoch, 20. März, im Restaurant „Grüne Leube“, Aufklärungsgesamtsammlung. Tagespolitik: Sonntag, 19. März, 10 Uhr, im Restaurant „Grüne Leube“, Aufklärungsgesamtsammlung. Erwerbslose und Jungdiene 20 Pf. Proletarische Führer rechts — links. Schneeweiß: Feiertunde (März). Wörther Platz „Matteotti“: Märzgefallenen-Gedenkstunde. Westend: Tagespolitik. Aktionsbezirk Nord-Ost: Heute, Prenzlauer Allee 34. ABL-Sitzung, Beginn 20 Uhr. Erscheinen aller ist Pflicht! Morgen, im Heim, Pankow, Mühlenstraße 77, Aktionsmitgliederversammlung. Mittellagen der BL. Märzkundgebung: Babylon (U-Bahn Schönhauser Tor). Erwerbslose und Jungdiene 20 Pf. Osterfestbesuch Montag 21. März. Programmdiskussion. Deutsche Friedensgesellschaft Berlin, Bezirk Südliche Vororte: Donnerstag, 17. März, 20 Uhr, im Restaurant Gärlitz, Mariendorfer Chaussee 19, spricht Hubert Frank über „Abrüstungsmethoden in Genf und in Deutschland“.

A SJV Braunschweig marschiert!

Der SJV-Braunschweig führte im „Sächsischen Hof“ eine überfüllte Jugendversammlung mit der Referentin Edith Baumann, Berlin, durch, welche über das Thema „Sozialismus oder Untergang“ sprach.

Genossin Baumann verstand es ausgezeichnet, die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der für die arbeitende Jugend wichtigen Fragen aufzuzeigen. Die zahlreich anwesenden Genossen der SAJ und des KJV mußten manche Wahrheit einstecken, weil ihnen gezeigt wurde, daß beide Parteien und Jugendorganisationen ihre Aufgaben gegenüber der proletarischen Jugend nicht erfüllt haben. Der Redner der SAJ versuchte in der Diskussion vergeblich, sich gegen die Angriffe zu verteidigen, was es doch auch keine angenehme Aufgabe, Hindenburg den jungen Arbeitern schmackhaft zu machen. Die KJ mit ihren drei Rednern, die alle die „rote Einheitsfront“ verteidigten, mußten sich die Eingeständnisse ihrer Führer über die Unfähigkeit, die Massen vom Reformismus zu lösen, um die Ohren schlagen lassen. Dem Sprecher der KJO blieb es vorbehalten, dem SJV an Hand der Prinzipienklärung seine „zentristische“ Rolle „nachzuweisen“, ohne damit Erfolg zu haben.

Folgende Resolution wurde fast einstimmig angenommen: „Die am 10. 3. 32 im „Sächsischen Hof“ versammelten jungen Arbeiter fordern in der Einsicht, daß nur ein einheitliches Vorgehen der gesamten proletarischen Jugend wie der gesamten Arbeiterklasse den Faschismus niederbringen kann, endlich die Bildung der proletarischen Einheitsfront. Zu diesem Zweck verlangt die Versammlung, daß zumindest für den zweiten Wahlgang alle Anstrengungen für einen proletarischen Klassenkandidaten gemacht werden. — Gleichfalls ist es Aufgabe der proletarischen Jugendorganisationen, beschleunigt an dem einheitlichen Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht, Pflichtjahr und Groenens Entpolitisierungsversuche aufzunehmen.“

Hamburg

Märzfeier des SJV Sonntag, 20. März, 10 Uhr, im Volkshaus Sachsenstraße. Volkshausorchester, Einzelsprecher, Bewegungschor, SJV-Kollektiv. Karten zu 15 und 30 Pf. bei den Jugendgenossen. Alle Jungarbeiter und Parteigenossen sind eingeladen.

Ahlen

Die „Eiserne Front“ hatte am Sonnabend auf dem Marktplatz eine öffentliche Kundgebung, bei der der 1. Vors. des Bergarbeiterverbandes, Fritz Husemann sprach und seine „Führernatur“ zeigte. Wenn schon der Aufzug der 160 Demonstranten mit zwei Musikkapellen eine moralische Niederlage war, so demonstrierte die Rede des M.d.R. Husemann die katastrophale Lage in der SPD-Politik die Massen hinführend hat. Wenn heute auch für Husemann Hindenburg und Gröner die einzige Rettung sind, so zeigt das deutlich, daß das geistige Erbe Otto Hues und Bebeln Leuten überantwortet worden ist, die zu allem anderen nur nicht zu den geistigen Führern des Proletariats gerechnet werden dürfen.

Halle (Saale)

Gewerkschaft deutscher Lokführer — gelbe Organisation? Die Bezirksorganisation der Lokführer hat dem scheidenden Reichsbahndirektor Bode im Schützenhaus einen Abschiedsabend gewidmet. Die gesamten oberen Beamten der Reichsbahndirektion waren geladen und zum Teil erschienen. Die Festansprache hielt Bezirksvorsitzender Hertling in eigener Person. Hertling gehört der SPD an. Eintritt wurde nicht erhoben, es bezahlten alles die Mitglieder mit ihren Beiträgen. Die berühmte Bergkapelle spielte, und Gesangsvereine wirkten mit. So stattet man gewerkschaftlichen Dank mit runden 400 Mark Unkosten ab. Ob der Herr Direktor diesen Dank durch besondere Humanität verdient hat? Alles in allem muß es ein erhebender Abend und ein großer gewerkschaftlicher Erfolg gewesen sein. — Diese Führer haben nichts gelernt. Die Arbeiterschaft bezeichnete diese Sorte von Gewerkschaftlern von jeher als gelb. Und mit recht. Die führenden Leute aber sind überwiegend Sozialdemokraten. Wundert man sich, wenn die SPD-Politik immer mehr nach rechts dreht?

Dessau

Der Termin der Landtagswahl ist noch nicht endgültig festgesetzt. Jedoch dürfte als sicher gelten, daß Anhalt am gleichen Tag wie Preußen wählt, also voraussichtlich am 24. April.

Klassenjustiz am Pranger. Wir haben schon kurz über die Aburteilung der Nazischläger durch den Schnellrichter berichtet. Dabei ist uns ein Irrtum unterlaufen. Der Hauptschläger heißt nicht Plangelman, sondern Plangel. — Doch wollen wir hier nur das zweifelhafte Strafmaß des gleichen Gerichts kritisieren. Die drei Nazis hatten mit weiteren zirka 20 Artgenossen den allein gehenden Reichsbannermann Schatmann angegriffen und verletzt. Auch die Hausdogge der SA-Kaserne ist an der Körperverletzung mit beteiligt. Oberstaatsanwalt Biermann beantragte gegen die drei Hauptbeteiligten je sechs Monate Gefängnis. Das Gericht beschloß nach Beratung anders; Landgerichtsdirektor Meyer verkündete gegen Plangel zwei und gegen die beiden anderen je einen Monat Gefängnis. Die Angeklagten wurden aus der Haft entlassen. Ein Tatzeuge hatte beantragt, den Hund durch Gerichtsbeschluß zu beschlagnahmen. Das lehnte der Vorsitzende ab; das sei Sache der Polizei. Die Polizei untersteht dem SPD-Stadtrat Sinsel.

Das ist der „sachliche“ Kampf der SPD

In einer Wahlversammlung der SPD in Oppach (Lausitz) sprach der „linke“ Genosse Edel. Nach dem Referat verkündete der Versammlungsleiter, daß in der Debatte nur Redner solcher Parteien sprechen dürften, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten.

Ein SAP-Genosse durfte nicht sprechen oder sollte erklären, daß er für die Kommunistische Partei spreche.

Das wurde natürlich abgelehnt. So wahrte man die vielgerühmte „Meinungsfreiheit“ in der SPD. Gegnerische Versammlungen dürfen SPD-Mitglieder nicht besuchen und in SPD-Versammlungen dürfen Gegner nicht sprechen, wenn ihre Partei keinen eigenen Kandidaten aufstellt.

Wo blieb aber der Kandidat der „starken“ SPD?

Beim Schlußwort des Referenten erlaubte sich ein SAP-Genosse einige Bemerkungen. Die Antwort des Genossen Edel war bestimmt kräftig, hatte aber mit Sachlichkeit nichts mehr zu tun. Als von Corsi die Rede war, wurde von unserm Genossen gefragt, ob denn der Name richtig sei und Corsi nicht auch einen Paß habe? Darob große Entrüstung beim Genossen Edel. Die Worte, die er gebrauchte, geben wir der Sachlichkeit halber nicht wieder. Aber eins sei festgestellt: Mario Corsi — der in letzter Zeit als Redner der SPD durch die Lande zog und über die Zustände in Italien gesprochen hat und dessen Worte wir nicht im geringsten

Die auf den Reichsbannermann gehetzte Dogge ist die Hausdogge der SA-Kaserne „Fürstenhof“. Eine Parallele zwischen Ueberfall und Kaserne ist gegeben. Das war auch bei den anderen Ueberfällen, wo per Autos vom „Fürstenhof“ Verstärkungen geholt wurden, der Fall. Die Kaserne aber ist bis heute nicht geschlossen. Doch dies nur nebenbei, Herr Sinsel mag diese Unterlassung mit sich selbst abmachen. — Das Gericht hatte in gleicher Besetzung vorher gegen vier KPD-Männer aus Köthen zu verhandeln. Die Kommunisten waren beschuldigt, in 18 Fällen Häuser verunziert zu haben. Diese Art Wahlpropaganda, auch Arbeiter-Hausbesitzern durch die Bemalung rücksichtslos Kosten zu verursachen, entspricht zwar nicht unserem Geschmack, jedoch halten wir Menschenleben und den lebenden Menschen für wertvoller als die Gegenstände, zu denen Häuser gehören. Zwei der Angeklagten konnte eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden, die anderen zwei gaben vier Fälle zu und stritten die restlichen 14 ab. Landgerichtsdirektor Meyer vertrat den Standpunkt: ob 18 oder nur vier mal, das bliebe gleich. Auch hier beantragte der Oberstaatsanwalt je sechs Monate Gefängnis. Er ist also der Meinung, die wir weiter oben nicht als die unsere bezeichnet haben. Das Urteil aber lautete: die beiden Angeklagten Ehrenberg und Nowack werden aus Mangel an Beweisen freigesprochen, die Angeklagten Beck und Büchel erhalten je zwei Monate Gefängnis. Das Gericht ist also der Meinung, das Sachwerte besser geschützt werden müssen als Menschenleben. Das Gericht folgte dem Verteidiger, der da meinte, daß die Nazis nur durch den ständigen Terror der anderen die Besinnung verlören; und im zweiten Fall, nun ja, da waren es Kommunisten, also — Arbeiter.

Probstzella

Jugendweih 1932. Sonntag, 20. März, 14 Uhr, findet im „Haus des Volkes“, Roter Saal, unsere diesjährige Jugendweih unter Mitwirkung des Volkschors statt. Das Programm bietet Gewähr für eine wirkliche proletarische Feierstunde. Deshalb sorgt für Massenbesuch. — Unter diesen Umständen müssen wir es verurteilen, wenn zu gleicher Zeit durch den Aufsichtsrat des Bezirks-Konsumvereins Gräfenthal u. Umg. die Generalversammlung angezeigt wird. Auch der genossenschaftliche Zusammenschluß ist sehr notwendig, und viele Anhänger der freigeistigen und genossenschaftlichen Bewegung werden einer der Veranstaltungen fernbleiben müssen. Das wäre nicht nötig, wenn die Aufsichtsratsmitglieder der Genossenschaft einen anderen Tag gewählt hätten. Der Tag der Jugendweih ist nicht verschiebbar. Es ist Pflicht aller anderen proletarischen Organisationen, daß an diesem Tage alle nicht unbedingt notwendigen Veranstaltungen unterbleiben. Die Jugendweih soll und muß eine wichtige Veranstaltung für die gesamte Arbeiterschaft der Umgebung Probstzellas sein.

Gößnitz (Thür.)

Beweise seines Anstandes politisch andersdenkenden gegenüber gab der SPD-Vorsitzende Küchler am Sonnabend vor der Präsidentenwahl. Als der KPD-Genosse Geithner mit eingerollter Fahne an ihm vorbeikam, rief er diesem zu: „Du mit deinem roten Fetzen!“ Es ist bezeichnend, wenn ein SPD-Vorsitzender die rote Fahne derart besudelt. Geithner antwortete ihm selbstverständlich empört: „Du, Bruder, merke dir deine Worte! Mit dir reden wir noch anders!“ Küchler, feige wie immer, machte sofort die Polizei auf Geithners Worte aufmerksam. Damit hat er sich der Arbeiterschaft denunzierend vorgestellt. Als ein SAP-Genosse Küchler fragte, ob das noch etwas mit Anstand zu tun hätte, wurde er von ihm angebrüllt: „Du Idiot, du Halunke und Verbrecher, geh mir aus den Augen!“ Wir stellen fest, daß der „Idiot“ und „Verbrecher“ derselbe Genosse ist, der jahrelang,

anzweifeln — heißt nicht Mario Corsi, sondern Innwinkl. Er besitzt einen Paß, ausgestellt vom italienischen Konsulat in München, er kann deshalb nicht von den faschistischen Horden verfolgt werden, also kein Emigrant sein.

Ueber die Versammlung schreibt nun die Löbauer „Volkszeitung“ einen Bericht, in dem nichts weiter steht als Verächtlichmachungen unseres Genossen K. Warum ließ man denn den „kleinen Gernegroß“ — klein in jeder Beziehung, nach dem Ausdruck des Berichterstatters Kantwerk, seines Zeichens Pfortner in der GEG — nicht sprechen?

Vor „kleinen Gernegroßen“ braucht man doch wirklich keine Angst zu haben?

Wir können dem Genossen Kantwerk versichern, daß von den Versammlungsbesuchern, die bei den Anrempelungen des Genossen Edel Beifall klatschten, vier Fünftel Karl Marx nicht gelesen haben und somit auch nicht kennen. Sie haben sich mit solchen Dingen noch nie beschäftigt. Und diese Leuten nehmen wir nicht ernst. Wir registrieren deshalb, daß Karl Liebknecht recht hatte, wenn er sagte:

Natürlich, bei Menschen, die sich des selbständigen Denkens entwöhnt haben und gläubig allen Segen von oben erwarten, ist das Hirn ein überflüssiges Organ, und Organe, die nicht benutzt werden, entarten nach bekannten Naturgesetzen!

selbst von Küchler, als der beste SAJ- und Parteifunktionär bezeichnet worden ist. Nachdem Küchler einige bittere Wahrheiten hatte einstecken müssen, zog er mit rotem Kopf ab.

Plauen

Die kaisertreue SPD. Mitglieder der SAJ in Plauen verteilten zu Hindenburgwahl in Plauen ein Flugblatt, in dem gegen den Vorwurf, daß der Feldmarschall trotz der Baderkur des Weltkrieges zu alt für den Reichspräsidentenposten sei, folgendes erklärt wird: „Dabei wissen die rechtsradikalen Gegner des Reichspräsidenten von Hindenburg ganz genau, daß Hindenburg wie der alte Kaiser in voller geistiger und körperlicher Frische seines Amtes waltet. Sie brauchen sich nur die energischen Schriftzüge Hindenburgs anzusehen... — Hurra! Hurra! Hurra!“

Der Stimmzettel war nicht standesgemäß. Ein sogenannter höherer Angestellter weigerte sich, sein Wahlrecht auszuüben, weil auf seinem Stimmzettel sein früherer Beruf, in dem er noch nicht ein „großes Tier“ war, angegeben war. Der deutschnationale „Vogtländische Anzeiger“ richtet infolgedessen an das Wahlamt die freundliche Mahnung, darauf zu achten, daß in der Stimmkartei künftig die „Standesbezeichnung“ genau angegeben werde.

Mit Anzeige wegen Unterschlagung droht die Geschäftsleitung der Kakao- und Schokolade-Fabrik in Plauen. Ein Brief mit dem Aufdruck Volkszeitung war von einem Genossen überklebt und an die Redaktion des „Kurier“ gesandt worden. Der Verlag der Volkszeitung könne sich nicht gefallen lassen, daß sein Verlags-eigentum für eine andere Partei verwendet wird, schreibt der Hauptmann der Kakao- und Schokolade-Fabrik, ob sich die SAP denn nicht einmal Briefumschläge kaufen könne. — Wenn die SAP jetzt noch nicht kaputt geht, scheinen auf der anderen Seite ein paar Nervenstränge schadhaf zu werden.

Die Vomag wird weitergeführt. Die zur Weiterführung des Betriebes der zahlungsunfähigen gewordenen Vomag in Aussicht genommene Auffanggesellschaft ist nun soweit vorbereitet, daß die offizielle Gründung in den nächsten Tagen erfolgen kann. Die neue Gesellschaft soll alle laufenden Aufträge weiterführen und darüber hinaus versuchen, neue zu bekommen. Durch die Weiterführung des Betriebes wird die Entlassung einiger hundert Arbeiter vermieden.

Auerbach i. V.

Arbeiterkern! Schickt eure schulentlassenen Kinder am Palmsonntag, 9 Uhr, zur Jugendweih im Kasinoaal! Anmeldungen nimmt Genosse Kurt Rathel, Innere Klingenthaler Straße 55, entgegen.

Mylau

Unsere Jugendweih findet Sonntag, 20. März, 10 Uhr, in der Turnhalle der „Freien Turnerschaft“ in Mylau statt. Wir bitten, um Störungen zu vermeiden, rechtzeitig zu erscheinen, da die Türen pünktlich geschlossen werden. Es wirken mit: Gesangsvereine „Edelweiß“-Mylau und „Lyra“-Netzschkau, der SJV, ein Quartett der Reichenbacher Stadtkapelle und Genossin Petzold. Die Weiherede hält der Bezirksleiter Römer vom Freidenkerverband. 1/15 Uhr treffen sich die Teilnehmer beider Städte an der Kiesgrube in Mylau zu einem Ausflug nach Rotschau. Genossinnen und Genossen! Es soll für uns alle eine ernste Feierstunde werden, deshalb muß es Pflicht jedes Genossen sein, die Vormittags-sowohl als auch die Nachmittagsveranstaltung mit Angehörigen, Freunden und Bekannten zu besuchen.

Zwickau

Verhinderte Bürgerkriegler. Es war bekannt, daß auch in Zwickau die Hitlergardien sich rüsteten, um irgendeine Aktion zu unternehmen. Unser Schutzbund und das Reichsbanner hatte jedoch Vorsorge getroffen, um das Eigentum der Arbeiterbewegung vor den Naziherden zu schützen. Während das Reichsbanner in der Siedlung Nord Dienst tat, schützte unser Schutzbund das Zwickauer Gewerkschaftsheim in der Crimmitschauer Straße, das Sporthaus „Fichte“ und die Konsumverteilungsstelle in der Bahnhofstraße. Die Buchdrucker, die am Sonnabend im Gewerkschaftsheim eine Zusammenkunft hatten, waren nicht wenig verwundert, als sie hörten, daß der Sozialistische Schutzbund das Heim der „Freien Gewerkschaften“ bewachte. Ihnen war ja von der hohen Parteibürokratie erzählt worden, die SAP unterminiere die Gewerkschaften und stütze die RGO der KPD. Zwischen unserem Schutzbund und dem Reichsbanner wurde Fühlung genommen. Die Nazis hatten in Weißenborn eine große Anzahl SA-Leute zusammengezogen, die vollständig ausgerüstet mit Sturzhelmen und militärischer Kleidung, sicher auch mit genügend Waffen, im Weißenborn Wald Lager bezogen hatten. Ein Teil war aber auch in Häusern untergebracht worden. Die Zwickauer Polizei, die von uns davon unterrichtet wurde, tat jedoch nichts dagegen. Erst als das Wahlergebnis bekannt wurde, beobachteten wir Streifenwagen, die offenbar diese militärisch organisierten und zu Umsturz-zwecken zusammengezogenen SA-Banden auflösten. Ob die Polizeibehörde von Zwickau wohl etwas gegen die Nazigesellschaft unternehmen wird, nachdem einwandfrei feststeht, daß nicht nur bei Zwickau, sondern auch in der weiteren Umgebung, Nazitruppen in militärischer Ausrüstung bereit standen, um Bürgerkrieg zu spielen?

Unser Schutzbund, der seine proletarische Pflicht in diesen Tagen voll erfüllt hat, wird auch weiterhin bereit sein, tatkräftig mitzuwirken, das Nazibandentum in Schach zu halten und, wenn es darauf ankommt, auch niederzuschlagen.

Planitz

Einprägen und danach handeln! Die Planitzer Nazis können ungestört zu Dutzenden in Militärmänteln die Straßen terrorisieren. Da sieht die Planitzer Gendarmerie nichts; sie kennt nur rote Schlipse und blaue Hemden als Uniformen. Der Trommer-Schneider macht als Vorsitzender des Gewerbevereins, dessen Mitglieder ihm fast restlos folgen, wieder hohe Politik durch nationalsozialistische Mittelstandskundgebungen. Dieser frühere Kommunist glaubt wieder eine Rückversicherung abschließen zu müssen. Einige Lehrer sind derselben Auffassung. Was so in Planitz pleite macht, ist aktiver SA-Mann. — Die „Planitzer Zeitung“ bekundete bisher ihre Nazifreundschaft nur im Anzeigenteil. Jetzt steckt der Nazibazillus auch schon im redaktionellen Teile. Der eine Inhaber, Karl Böhm, der im Interesse der Anzeigen Konsumvereinsmitglied ist, hat sich auch bei den Nazis einschreiben lassen, wie rund 100 andere Planitzer Geschäftsleute auch. Seine Zeitung soll sogar offizielles Naziorgan werden. Ueber 4200 Naziwähler haben wir in Planitz. Das Gros der Geschäftsleute und ihr familiärer Anhang sind dabei. — Arbeiter, und vor allem ihr Frauen, zieht daraus die Konsequenzen! Kauft diesen Leuten nichts mehr ab! Sie wollen eure Gesinnung nicht dulden, so sorgt dafür, daß ihnen wieder bewußt wird, von wem sie leben! Auf einen Schelm setzt gleich zwei! Und lest und verbreitet „SAZ“ und „Kurier“!

Bald beginnt das neue Schuljahr. Meldet eure Kinder vom Religionsunterricht ab und führt sie der weltlichen Schule zu! Haltet den Kirchennebel von ihnen fern! Tretet auch selbst aus der Kirche aus!

Jugendweih. Am Sonntag halten die Freidenker im Volkshaus ihre Jugendweih ab. Weiheredner ist der Genosse Franz Stouby. Die Weih beginnt um 8 1/2 Uhr. Die Planitzer Arbeiterschaft bekundet durch zahlreichen Besuch dieser Feier ihre Verbundenheit mit den jungen Kämpfern unserer Front.

Ein Vortrag des Genossen Dr. W. Schmidt, Reichenbach, über „Krebserkrankheiten“ findet Donnerstag, 20. Uhr, in Bräutigams Gasthof statt. Auch unsere Genossen werden um ihr Erscheinen gebeten.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie veranstaltet am Sonntag bei Bräutigam einen Operettenabend. Eintritt nur 50 Pf.

Wilkau

Die diesjährige Jugendweih wird am Palmsonntag im „Schützenhaus“, vormittags 9 1/2 Uhr, durchgeführt. Umrahmt wird die Weih durch musikalische und gesangliche Darbietungen, für die der Volkschor Wilkau-Bockwa verantwortlich zeichnet. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird zu starkem Besuch aufgefordert.

Gainsdorf

Unsere gutbesuchte Partei-Mitgliederversammlung fand im Turnerheim statt. Der Vorsitzende teilte mit, daß sich seit der Generalversammlung am 9. Januar 17 neue Genossen angemeldet haben. Genosse Schrader erklärte weiter, daß wir voll und ganz zu unserem Artikel stehen können (betr. Einheitsfront). Die Erklärungen, die der Vorsitzende der KPD in der öffentlichen Versammlung abgegeben hat, sind nur eine faule Ausrede. Genossin Hüttel wurde einstimmig in den Vorstand gewählt. Der Vorsitzende wies auf den Reichsparteitag, auf verschiedene Sammel-listen und die Zeitungsfrage hin.

Die „SAZ“ abonnderten folgende Geschäftsleute: Stemmler, Schubert und das Turnerheim.

Sportschau der SAZ

Eiserne Front maßregelt Arbeitersportler

Die SPD versucht mit allen Mitteln, innerhalb der reformistischen Massenorganisationen die Mitglieder derselben in die „Eiserne Front“ zu zwingen. Dieses auch auf Kosten der sonst so gepredigten Überparteilichkeit.

In Berlin und auch im Reich stößen die „Eisernen“ aber auf unerwarteten und nicht geringen Widerstand. Viele Vereine sprechen sich offen dagegen aus, in anderen läßt man gar nicht darüber reden, um nicht den Unwillen der Mitglieder zu erregen. Überall kommt aber zum Ausdruck, nicht Parteifront der SPD oder KPD, sondern überparteiliche Klassenfront gegen den Faschismus, das ist das, was die Arbeiterklasse braucht.

Trotzdem hört man die Generale der „Eisernen Front“ starke Fronttöne reden, wie „die deutschen Arbeitersportler haben sich geschlossen der „Eisernen Front“ für Volksrechte gegen Diktatur eingereicht“. Der Wunsch ist dabei der Vater des Gedankens.

Weiter sagt man sehr selbstherrlich: „Den ängstlichen Leuten aus den Splitterparteien sei gesagt, daß sie abseits stehen können wenn sie Angst (!) haben, wenn sie aber sabotieren und quertreiben, dann wird auch mit ihnen in der Frontsprache geredet werden (!)“. Und sie haben doch da schon in Frontsprache gesprochen, die „Pazifisten“ von der SPD.

Der VI. Verwaltungsbezirk Kreuzberg wählte am 4. 2. 32 gegen 2 Stimmen den Genossen Cerny zum I. Vorsitzenden, trotzdem der Genosse seine Einstellung zur „Eisernen Front“ immer wieder zum Ausdruck brachte. Am 29. 2. 32 sollte der Genosse C. nun vom G. A. des Kartells Groß-Berlin bestätigt werden. Diese Bestätigung wurde verweigert, und zwar nur, weil der Verein, wo der Genosse C. Mitglied ist, sich gegen die Eiserne Front aussprach. Die Begründung war die, daß der Genosse C. keine Gewähr dafür geben könne, daß in seinem Bezirk örtlich mit der „Eisernen Front“ zusammengearbeitet wird.

Es muß festgestellt werden, daß der Gen. C. keine Resolution des Kartells eingebracht hat (was man versucht zu verbreiten), weil ja keine solche angenommen wurde. Am Donnerstag, den 2. 3. 32 sollte die Kartellversammlung des Bezirks Kreuzberg tagen, wurde aber vom G. A. abgeblasen und findet demnächst statt. Die Arbeitersportler werden es sich nicht gefallen lassen, daß man durch solche Maßregelungen Mitglieder zweiten und dritten Grades schafft. Es ist wieder einmal ein Schulbeispiel dafür, wie der „demokratische“ Apparat der Arbeitersportorganisationen sich einfach über die Entscheidungen der Mitglieder hinwegsetzt und Funktionäre maßregelt, nur weil sie mit „Beschlußsen“ nicht einverstanden sind, die der Apparat — nicht

aber die Mitglieder gefaßt haben, die also gar nicht statutarischen Wert haben.

Ein Grund mehr für alle Sportgenossen, denen es ernst ist um die Sache der Arbeitersportler, ein Grund mehr zu wirken für die antifaschistische proletarische Front gegen den Faschismus, der allein die Arbeiterklasse vor dem Untergang in die Barbarei retten kann.

Vogtländischer Arbeitersport

Serienwettkämpfe im Geräteturnen.
3. Gruppe, Altersklasse: Die Altersmannschaft der „Eiche“ 1. Abt. turnte am 10. März, um ihre Punkte festzustellen. Erreicht wurden 386 Punkte. Eine Fremde war es, den Alten zuzusehen, konnte man doch Handstehen, dreifache und Sturzfolgen beobachten. Ja, sogar noch eine Hocke am Hochreck führte ein 34-jähriger Genosse aus. Das muß

Um Sachsens Handball-Kreismeisterschaft

Die Spiele beginnen

Am 19. März fällt die erste Entscheidung bei den Ausscheidungskämpfen um den Sachsenpokal. In Riesa stehen sich auf dem dortigen Platze die Freie Sportvereine Riesa und Roßwein gegenüber. Hier sollte der Bezirksverein durch größere Erfahrung in der Lage sein, die Gäste zu besiegen. Riesa zeigte schon immer eine beachtliche Form, die auch hier ausschlaggebend sein wird. Roßwein als Neuling in der Kreismeisterschaft wird sich zu wehren wissen, aber die letzten Spiele zeigten, daß der Elf eine Beständigkeit nicht gegeben ist. Wir erwarten deshalb auch Riesa als sicheren Sieger! A n w u r f 17.15 Uhr.
Dresden-Löbau ist der Kampfplatz für Dresden-Coschütz gegen Leutersdorf am 20. März. Die Großstädter stellen eine vorzügliche Mannschaft ins Feld. Ein Teil ihrer Leute sind die stärksten Stützen der Dresdener Stadtelf. Sehr gut ist die Elf eingespielt und wird dies auch zum Ausdruck bringen. Die Oberlausitzer aber sind auch nicht zu verachten. Sie haben gegen spiel-

Handball, Geräte-Kunstturnen usw. Besonders gefüllt wird wieder das Auftreten der Allerkleinsten am Stufengerät. Mitwirkende sind sämtliche Turner, Turnerinnen und Kinder der Abteilung. Der Beginn ist auf 20 Uhr festgesetzt. Eintritt frei! Die Eltern der Turnerkinder sowie die gesamte Arbeiterschaft ist zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Thüringer Resultate

Fußball
Gera: Plorten—Jena-Ost 3:2; Untermhaus—Naumburg 7:4; Leumnitz—Naumburg 5:4; Rübitz—Wanschedorf 3:2; Erfurt—Gröden—Göschwinda 5:0; Sommerda—V. f. T. u. R. Erfurt 4:4; Dornfeld—Roda-Ilmenau 5:0; Ilmenau geg. Stadtm. 1:3.
Jena: Hermsdorf—Bürgel 3:5; Eisenberg—Theißen 7:2; Salzungen BV. Salzungen—FSV. Eisenach 4:4.
Nordhausen: Bezirksmannschaft gegen Bezirksauswahl-elf Nordhausen 5:3.
Zeitz-Mehlitz-Schmalkalden: Steinbach-Hallenberg geg. Fambach 3:2; Heinbach—Schwalungen 4:2.

ein Ansporn sein für die Jugend, nachzueifern. Wie werden die Alten die Gruppe im Bezirk vertreten! Hoffen wir das Beste!

Vorschau der 3. Gruppe für Sonnabend.

B-Klasse: „Eiche“ 1. Abt.—Taltitz. Beide Mannschaften treffen sich am 19. März, abends 8 Uhr, in Taltitz, um den letzten Kampf durchzuführen. Sollte sich die 1. Abteilung auch in diesem Kampf behaupten, dann ist sie Gruppenbesten; wenn nicht, stehen sie mit Weischütz punktgleich und es muß noch ein Entscheidungskampf durchgeführt werden. Kampfrichter: Scheerbarth, M. Neupert und Köbler.

Für die schulentlassene Jugend

Eine Veranstaltung des ATV. Eiche e. V. Plauen
Es ist schon zum Brauch in der 1. Abteilung geworden, alljährlich die letzte Kinderturnstunde der Schulentlassenen festlich zu begehen. So findet auch in diesem Jahre, und zwar am 17. März 1932, in der Turnhalle der Lessingsschule (Eing. Johannstraße) ein Turn-Verbe-Abend statt.
Geboten werden: Geräteturnen, Freitübungen, Gymnastik, Spiele, Volkstänze, Leichtathletik.

starke schlesische und sächsische Gegner sehr gut abgeschnitten. Da sie den nötigen Kampfgeist mitbringen, kann mit einem großen Spiel gerechnet werden, bei dem wir Coschütz als knappen Sieger erwarten. Leutersdorf wird trotz starker Gegenwehr ausscheiden müssen. A n w u r f 16 Uhr.

Das dritte Spiel findet am 20. März in Sachsenfeld (Erzgeb.) statt. Geyer und Raschau stellen sich dort zum Kampfe. Von den beiden Erzgebirgsmeistern hat Raschau die größeren Erfahrungen und auch Aussichten, begründet durch längere Spielerfahrung und beständige Form. Die Spiele gegen bezirksfremde Mannschaften haben bewiesen, daß sich die Elf im Kreisgebiet behaupten kann. Geyer dagegen ist eine junge und noch nicht bekannte Mannschaft. Mit Glück wurde Annaberger vom Bezirksmeister abgedrängt. Trotzdem trauen wir ihnen zu, daß sie den nötigen Widerstand aufbringen, so daß mit einem spannenden Meisterschaftskampfe gerechnet werden kann. Raschau dürfte dabei sicherer Sieger bleiben. A n w u r f 15 Uhr.

Wir werden über die Spiele berichten.

Weißfels: Zangenberg—Leipzig-Eythra 3:3; Fr. T. Zeitz—Rositz 4:2; Bornitz—Eythra 2:4; Hohenmölsen geg. Dürren 2:2; Wähltz—Rehmsdorf 3:3.

Altenburg: Gönitz—Cortenlaide 0:4; Zechau—Wintersdorf 2:3; Cortenlaide—Zwickau-Süd 2:4; Wintersdorf—Weida 0:3; Thraua—Treben 2:3; Wintersdorf II—Weida II 10:1; Vorwärts III—Friesen II 0:1; Zechau II—Breitenhain I 7:1; Zechau III—Breitenhain II 3:0; Thraua II—Traben II 7:0; VIL Meerane III—IV. Cortenlaide III 5:2.

Handball

Gera: Leumnitz—Ost 1:3; Salzungen—Barchfeld 2:1; Altenburg: Fr. T. Meuselwitz 1b—Fockendorf I 8:1; Windtchleuba—Rositz 1:3; Kayna I—Binauroda 2:2; Würchwitz—Binauroda 4:8; Kayna II—Kriebitzsch II 5:0; Meuselwitz II—Lucka II 2:4; Meuselwitz Jgd.—Zipsendorf II 5:1 (?).

Ein Abendschwimmfest

veranstalten heute im Stadtbad, Krumme Straße, Nähe Berliner Straße, die Freien Schwimmer Charlottenburg. Alle Arten von Wettkämpfen werden geboten, dazu Reigenschwimmen der Schwimmerinnen. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. für Erwachsene, 30 Pf. für Jugendliche und 15 Pf. für Erwerbslose und Kinder.

Kleine Sportnachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachsen, 7. und 8. Bezirk.
Veranstaltungen der Ortsgruppen.

Radeberg: 20. März, Nw. Massenei. Treffen 13.30 Uhr am Amtsgericht. Führer: Gen. Bierdel.
Bischolzswarda: 18. März, Versammlung im Vereinslokal. Beginn 20 Uhr. — Voranzeige: 27. März, Tw. zum Osterreiten nach dem Kloster Marienstern. Führer: Gen. Arndt.

Bautzen: 20. März, Nw. nach der Willhener Hütte. Treffen 13 Uhr Ecke Humboldtstraße. Führer: Genosse Liebscher. — 24. März Lichtbildvortrag „Nordböhmische Ruinen“. Ref.: Herr Schmidt, Neugersdorf. 20 Uhr Klosterstänke.

Großröhrsdorf: Voranzeige: 27. und 28. März: Ins Polenztal (Märzenbecher), anschließend Osterwanderung; Zirkelstein. Sofortige Meldung ist notwendig. Treffen Kirschau: 20. März Nw. Oberes Spreetal. Treffen 13 Uhr beim Fisser Maaz. Führer: Gen. P. Hantsch.

Schütz: 18. März, Schachabend im VL. — 20. März, Tw. in die Märzenbecher. Treffen 7.30 Uhr am Gorgas. Führer: Gen. J. Schütze. — Voranzeige: 26.—28. März, Osterwanderung nach Reinersdorf. Sofort beim Obmann melden.

Neukirch: 20. März, Tw. nach dem Steinhänel. Treffen 7 Uhr am Naturfreundehaus. Führer: Genosse Hentschel.
Breititz: 22. März, 20 Uhr, Zusammenkunft beim Gen. Berge. — Voranzeige: 26.—28. März, Osterwanderung nach dem Frenzelsberg. Führer: Gen. Berge. Sofortige Meldung beim Führer.

Kamenz: 23. März, öffentlicher Filmabend: „Empor zur Sonne“ und gutes Beiprogramm. Kindervorstellung 15.30 Uhr, für Erwachsene 19 Uhr. Eintritt: Kinder 10 Pf., Erwerbslose 20 Pf. und Verdienen 40 Pf.

Löbau: 20. März beteiligen wir uns an der Jugendweih. — Voranzeige: Osterwanderung: Bieleboh, Kälssteine, Weiser Höhe, Willhener Hütte (Ueberrachtung), Mönchswalder Berg, Spreetal, Bautzen, Raschau, Müschke, Löbau. Treffen 27. März, 7 Uhr, an der Brücke B. Führer: Gen. Stieler und Mitschke.

Neugersdorf: 20. März Nw. Auf Umwegen zum Jüttelsberg. Treffen 13 Uhr am der Wachenke. Führer: Gen. Winkler. — Voranzeige: Osterwanderung ins Isergebirge. Ueberrachtung im Naturfreundehaus Königshütte und im Iserhaus. Sofortige Anmeldung beim Führer Gen. Strangfeld notwendig.

Selthensdorf: 20. März Arbeitstag auf dem Frenzelsberg. Alles muß erscheinen. Jugendgruppe: 17. März Liederabend. 20 Uhr im Jugendheim. — Voranzeige: Osterwanderung: Boxdorf, Dresden, Moritzburg. Führer: Genosse Gropfisch.

Hirschfeld-Rebersdorf: 18. März, Lichtbildversuchabend mit Filmstreifen. 20 Uhr im Heim. — 20. März Nw. mit geselligem Abschluß. Zeit und Ziel am Freitag.

Eibenwaldorf: 17. März, 18 Uhr, in der Oberschule zu Eiba, für die Kindergruppe Zusammenkunft. — 20. März treffen sich die Kinder 13.30 Uhr am Bahnhöfengang bei den Schattentwergen zu einer Wanderung nach dem Hobeberg.

Freie Fallbootfahrer Berlin e. V. Zusammenkünfte am Donnerstag dem 17. März, abends 20 Uhr. Gruppe Norden: Willdenowstr. 5, Zimmer 3, Erich Knaut: „Stimmen der Völker“ (mit Schallplatten). — Gruppe Südosten: Große Frankfurter Straße 16, Zimmer 5, „Indische Freiheitsbewegung“, Referent: Rom Lohse. — Gruppe Nordosten: Christburger Str. 14, Erich Strauß: „Japan und China“. — Sonnabend den 19. März, 20 Uhr, Filmabend, Gruppe Norden, Schulaula Grünthaler Str. 5. „Es laufen „Menschen am Sonntag“ und „Jupp lernt rudern“ (Erstaufführung). Eintritt 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf. Gäste willkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Jobanna Hoffsman. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montag.
Redaktion: Berlin O 27, Magasinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Post.
Inseratpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Donnerstag, 17. März 20 — 22¹⁵ Uhr:
Die Hugenotten

Kroll-Theater
a. Platz d. Republik
Donnerstag, 17. März 20 — 22³⁰ Uhr:
Goethe-Festspiele
„Promethens“
„Pandora“

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 17. März 20 — gegen 23 Uhr:
Cyrano v. Bergerac

Schillertheater
Charlottenberg, Bismarckstraße
Donnerstag, 17. März 20 — nach 22.30 Uhr:
Die endlose Straße

Volkstheater
Theat. 1. Bldwpl.
D 1 Norden 2946
Donne. Jag. 17. März 8.15 Uhr
Androklos u. d. Löwe

Rose-Theater
Größe Frankfurter Str. 132
Tel. E 7 Wetzsch 3472
Donnerstag, 17. März Freitag, 18. März 8.15 Uhr:
Jettchen Geberl

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Pechvogel
und
Es wird schon wieder besser
Neueste Wochenschau
Des großen Erfolges wegen verlängert.

Theater des Weddings
Müller, Ecke Selterstraße
Reserve hat Ruh
mit Fritz Schulz, Lucie Englisch, Paul Hörbiger, Sentia Söneland
dazu der Großfilm:
Jede Frau hat etwas
m. Curt Vespermann, Lucie Englisch
Das gute Beiprogramm

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Fritz Kampers, Paul Kemp, Adolf Wohlbrück in
Drei gehen nicht unter
dazu:
Charlotte Ander, Hermann Thiemig in dem Lustspielschlager
Zwei himmelblaue Augen
Donnerstag ist Fritz Kampers in den 9-Uhr-Vorstellungen persönlich anwesend
Fox tönende Wochenschau, das Neueste aus aller Welt
Beginn 6 Uhr.

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Tonfilme
Felix Bressart in
Holzappel weiß alles
Posse mit Gretl Theimer, Iwan Petrovich, Julius Falkenstein dazu Liane Haid in
Madame hat Ausgang
und die neueste tönende Fox-Wochenschau

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Des Riesenerfolges wegen
3 Tage verlängert!
Emil Jannings in
Stürme der Leidenschaft
mit Anna Sten
Grobes Beiprogramm u. Tonwoche
Auf der Bühne:
3 Ganovis
Einlaß 1/2, 5 Uhr. Eintrittspr. ab 0,50 RM

Liedebourpostkarten
für Werbezwecke, neueste Aufnahme gibt zu Wiederverkaufszwecken an alle Ortsgruppen der SAP, des Schutzbundes und des SJV zum Preise von 6 Pfennig pro Stück ab.
Muster gegen Einsendung des Portos. Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Die Ortsgruppen haben durch regen Vertrieb die Möglichkeit, ihren Kampffonds zu stärken
Soz. Schutzbund, Bez. Leipzig,
Geschäftsstelle: Leipzig C1, Kurze Str. 13

CIRCUS BUSCH
Inl. Wochentag 8840
Tägl. 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Säga. 2 1/2, 8 u. 9 1/2 Uhr

Werbt für die SAZ
Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich der Jugendweih unseres **Sohnes Kurt** sagen wir allen Genossen, Freunden und Bekannten **herzlichsten Dank.**
Prennitz, im März 1932.
Emil Schneider und Frau.

Die Ente
Erscheint jeden Donnerstag:
Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Es gibt noch mehr Idioten in Deutschland / Ein Zivilist wird gesucht / Ruth Fischer und Karl Redlich / Der Maler und sein Modell / Thea von Konnerreuth und die Ulsteins / Brand und Clemencau.
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern. Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am Potsdamer Platz B1 Karl. 2334.
Ab Dienstag, den 15. März 1932
Der Stolz der 3. Kompagnie
mit Fritz Kampers, Trude Berliner, Ilse Korveck, Julius Falkenstein
Fox tönende Wochenschau
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntags ab 3 Uhr nachm. bis 1 Uhr nachts.
Blutig. Tag- u. Nacht kino Berlins

MILWA Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Zwei Großtonfilme
Felix Bressart in dem neuesten Lachertreff
Holzappel weiß alles
dazu:
Der große Reise- und Abenteuerfilm
Entfesselt Afrika
Tönende Wochenschau
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn

Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Alles für Fest . . .
blaue u. schwarze Manchesteranzüge, blaue Ledersamt Ärmelwestenanzüge, weiße Panamahemden, Lack- und farbige Reformschuhe handgetriebene Broschen und Anhänger und vieles andere
und Fahrt!
kniefreie Lebersmützen in allen Farben, farbige Sporthemden u. Kittel, Ärmelwesten aus Grobleinen, Lodenmäntel, Zelte Decken, Tornister, Rucksäcke, Brotbeutel, Bekleidung auch nach Maß
beziehen die Jugendgenossen nur in unserem Unternehmen
Uebt Solidarität! Kauft bei uns!
DIE FACKELSTUBEN
Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgemeinschaften E. V.
BERLIN C 2, KLOSTERSTR. 62
Geöffnet von 9—19 Uhr. Besucht uns unverbindlich

Zwickau OSTER-TUTEN
ca 80 Zentimeter gn. S. Wert 60 bis 70 Pf.
werden verschenkt!!!
Beim Einkauf von 5 RM. an erhalten Sie eine Ostartüte gratis!
Oster-Tüten, 60 cm groß, v. 60 Pf. an versch.
Oster-Tüten-Füllung, Art m. besten Füllung.
Oster-Bonbonnieren aus Schokolade mit Pralinen gefüllt in allen Preislagen
Oster-Eier
Oster-Nasen in jeder Größe
Tafel-Schokoladen in allen Preislagen
Pralinen-Packungen erster Firmen
Zum Schularfang: Geschenkartikel
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster:
Schokoladen-Vertrieb
Bach & Werner, Zwickau
1. Filiale: Innere Schöneberger Straße 13
2. Filiale: Nordstraße 13
3. Filiale: Wilhelmstraße 49
4. Filiale: Äußere Plauenische Straße 13
5. Filiale: Innere Schöneberger Straße 2
Hauptgeschäft:
Wilhelmstraße 11 — Fernruf 2618
Groß- und Kleinverkauf

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Die fremde Mutter
(das Mädel aus der Hafenkneipe)
Die geheimnisvolle Insel
Neueste Wochenschau

MILWA Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Zwei Großtonfilme
Felix Bressart in dem neuesten Lachertreff
Holzappel weiß alles
dazu:
Der große Reise- und Abenteuerfilm
Entfesselt Afrika
Tönende Wochenschau
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn

Werbt Abonnenten!

„Die Saar-Fackel“

Unter diesem Titel erscheint seit kurzem in Saarbrücken ein eigenes Wochenblatt der Sozialistischen Arbeiterpartei. Das Blatt ist ein lebendiges Zeugnis für die Rührigkeit unserer dortigen Parteimitgliedschaft, die auch bei den Saarwahlen am Sonntag zum Ausdruck kam, wo die SAP zwar kein Mandat erringen konnte, aber doch — trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens — 2577 Stimmen auf sich vereinigt hat. Wir beglückwünschen die saarländische SAP zu ihrem publizistischen Organ!

Neuwahl in Hamburg?

Die NSDAP hat einen Antrag auf Auflösung der Hamburgischen Bürgerschaft eingebracht, der nach Möglichkeit schon in der morgigen Sitzung verhandelt werden soll. Der Antrag kann jedoch morgen nur dann behandelt werden, wenn sich kein Widerspruch gegen die sofortige Behandlung ergibt. Wenn Widerspruch erfolgt, will die NSDAP eine neue Sitzung für Mittwoch nächster Woche beantragen.

Bayern wählt am 24. April

München, 16. März 1932.

Das Plenum des Bayerischen Landtags stimmte heute mittag in namentlicher Abstimmung einstimmig — mit 93 Stimmen — den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zu, wonach die Landtagsauflösung am 24. April erfolgt und die Neuwahlen auf den gleichen Tag festgesetzt werden. Vorher waren nationalsozialistische und kommunistische Anträge, die die Neuwahlen auf den 10. April festgesetzt wissen wollten, mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden.

Anhalt wählt auch am 24. April

Dessau, 15. März 1932.

Obwohl bis zur Stunde ein endgültiger Beschluß zu der Frage des Zeitpunktes der anhaltischen Landtagswahlen noch nicht vorliegt, verlautet aus Kreisen des Ministeriums, daß mit größter Wahrscheinlichkeit die anhaltischen Wahlen am Tage der Preußenwahlen, also am 24. April, durchgeführt werden sollen.

Goethe-Handschriften in Leningrad gefunden

In den Archiven der Leningrader öffentlichen Bibliothek wurde, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, eine Reihe Originalhandschriften Goethes gefunden, einige Gedichte ohne Überschriften im Album des Dichters Schukowskij und bisher nicht veröffentlichte Briefe an Herder und seine Frau.

Ein Postwagen beraubt

Der Postwagen des Zuges Willebroeck — Antwerpen, der unterwegs die Einnahmen der verschiedenen Bahnhöfe mitnimmt, ist in der Nähe von Antwerpen, bei Hoboken, beraubt worden. Die Verbrecher hielten die Beamten mit Revolvern in Schach, bemächtigten sich zweier Postsäcke mit 323 000 Francs und entkamen.

TARASSOFF-RODIONOFF SCHOKOLADE

Copyright by Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf.

1. Fortsetzung

Die Haupttaste ist der Brünette. Wohl ein Jude, zuckt es in ihrem Bewußtsein. Er steht dicht an der Bank, und hinter ihm, wie ein Schatten, ein Posten mit einem Bajonett, ein Rotarmist. Wie eine Feder aufspringend, schüttelt sich Elena, und wirft sich den Mantel um die Schultern.

„Nehmen Sie alles mit!“ sagt der Brünette und zeigt mit der Hand auf die Bank.

„Wie, alles? Dann komme ich nicht mehr zurück?“ Elenas Herz vereist. Mit zitternden Händen wirft sie sich den seidenen Schal um den Kopf, ergreift ihren Muff, zieht die Galoschen an, und ohne sich von jemandem zu verabschieden, — es komme, was mag — eilt sie mit nervösen hüpfenden Schritten hinter dem Brünetten her in den Korridor. Es komme, was mag, nur schnell! Es wird plötzlich heiß, die Wangen glühen.

Sie gingen durch den Korridor eine Treppe hinunter; durch einen winkligen zweiten Korridor kamen sie auf eine neue Treppe hinaus. Oben, zwei Zimmer passierend, blieben sie vor einem dritten stehen.

„Warten Sie hier,“ sagte der Brünette dem Posten und ließ Elena vor.

Ein Zimmer mit dunkelroten Tapeten. Wie Blut tropfen in Elenas Gedanken. Zur Straße ein großes Fenster mit einer kirschfarbenen Draperie. Am Fenster eine Etagere mit Papieren, an der Wand bei der Tür wieder auf einem Tische Papiere. Und in der Mitte des Zimmers ein riesiger Tisch. Und an ihm sitzt ein großer, blonder Mann.

Im alten Trott weiter

Berliner Metallarbeiter-Generalversammlung

Die Quartalsgeneralversammlung des DMV Berlin am Montag, dem 14. März, bot das übliche, wenig erfreuliche Bild. Da diese „Delegierten“-Versammlung in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht aus Vertretern besteht, die von den Mitgliedern direkt gewählt, sondern aus Funktionären, die durch ein ausgeklügeltes System von der Verwaltung, den Bezirks- und Branchenleitungen bestimmt werden, so kommt hier der Wille und die Stimmung der breiten Mitgliedschaft fast überhaupt nicht zur Geltung.

Dementsprechend war auch am Montag der Verlauf der Generalversammlung. Der Kassen- und Revisionsbericht war in — buchstäblich — einer halben Minute „erledigt“. Dann kam die Beratung der Anträge. Da die Verwaltung die Ablehnung aller Anträge mit Ausnahme des von ihr gestellten Antrages „empfehl“, wurde selbstverständlich auch so beschlossen. Abgelehnt wurde der vom Genossen Wickel gestellte Antrag, wonach im Sinne des Aufbaues der Industrieorganisation alle Arbeiter in der Metallindustrie nur im DMV organisiert werden sollten.

Die „Demokratie“ der reformistischen Mehrheit kam zum Ausdruck in der Ablehnung der von Genossen Enderle und Zehl gestellten Anträge. Der erste verlangte eine Neuerteilung der Bezirke und Branchen, weil in der jetzigen, völlig überlebten Einteilung die kleinen Bezirke und Branchen mit zum Teil nur hundert Mitgliedern ebenso viel Vertreter stellen, wie die großen Bezirke und Branchen mit 10 000 und 13 000 Mitgliedern. Noch unglaublicher ist die Ablehnung des Antrages Zehl, der Selbstverständliches forderte, indem er die Wahl und Zulassung von Stellvertretern für eventuell erkrankte sowie verhinderte Delegierte verlangte.

Eine ausgedehnte Debatte gab es bei folgendem vom Gen. Walcher gestellten

Antrag für die einheitliche Klassenfront und gegen die „Eiserne Front“:

„Die Generalversammlung begrüßt es, daß endlich in breiten proletarischen Massen der Wille zum geschlossenen Kampf gegen den Faschismus wachgeworden ist und daß sich überall antifaschistische Abwehrformationen bilden.“

Die Generalversammlung macht jedoch darauf aufmerksam, daß der Faschismus seinen hauptsächlichsten Auftrieb von niederbrechenden Kapitalismus, von der wachsenden Not und der immer weiter um sich greifenden Verelendung erhält und daß darum der wehrhafte Kampf, die Bildung von Abwehrorganisationen, zur wirksamen Bekämpfung des Faschismus nicht ausreicht.

Der Kampf gegen den Faschismus kann nur erfolgreich sein, wenn er zugleich ein Kampf ist gegen Lohnraub und Lohnräuber, gegen den kapitalistischen Staat und besonders auch gegen die Brüning-Regierung, die durch ihre Politik der Notverordnungen und des Lohnraubs den Faschismus fördert.

Aus diesem Grunde lehnt die Generalversammlung die sogenannte „Eiserne Front“ der staatsbehaltenden Republikaner ab.

Die Generalversammlung bekennt sich zu dem marxistischen Grundsatz: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein und fordert die Kollegen auf, mit ganzer Kraft und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Aufrichtung der einheitlichen proletarischen Klassenfront zum Kampf gegen Faschismus, Kapitalismus und Brüning-Regierung zu wirken.“

Nach der Begründung des Antrages durch Walcher traten gleich vier „eiserne“ Kanonen hintereinander auf. Ausgerechnet der ehemals so radikale und jetzt in die SPD geflüchtete Schodt unternahm es, die Hindenburgfront mit — Marx zu verteidigen. Desgleichen — in höchst unqualifizierter Weise — Bredow, Vorsitzender des Berliner ADGB-Ortsausschusses. Zum Schluß kam Ulrich, der mit seinen bekannt radikalen Redensarten die „eiserne Klassenfront“ zusammen mit Brüning und Hindenburg (!) propagierte. Durch einen Schlußantrag wurde eine oppositionelle Antwort verhindert und dann — natürlich — der Antrag abgelehnt.

Ein Antrag Krauter (KPD), der sich gegen den imperialistischen Raubzug Japans in China und die kriegerische Bedrohung der Sowjetunion wandte, wurde durch einen Gegenantrag der Verwaltung abgelenkt und mit einer Spitze gegen die Sowjetunion in das Gegenteil verwandelt.

Zum Schluß wurde noch kurz zum bevorstehenden ADGB-Krisenkongreß Stellung genommen. Die fünf reformistischen Delegierten vom vorjährigen Kongreß wurden pro forma auch für diesen Kongreß „bestätigt“.

Eine Erklärung Edo Fimmens

Berlin, 16. März 1932.

Die SAP Groß-Berlins hatte vor einiger Zeit eine internationale Kundgebung angekündigt, worin u. a. auch Edo Fimmen, der frühere Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und jetzige Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation als Redner angekündigt war. Diese Kundgebung mußte dann aus irgendeinem Grunde vertagt werden. Gleichzeitig erschien im „Vorwärts“ eine Notiz, wonach Edo Fimmen gegen seine Nennung als Redner protestiert und der SAP Mißbrauch seines Namens vorgeworfen habe. Hierzu übersendet nun Edo Fimmen dem Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei folgende Erklärung:

„Heute morgen erhielt ich vom Sozialdemokratischen Pressedienst, Amsterdam, Abschrift einer Notiz, welche derselbe an die deutsche SPD-Presse losgelassen hat: Edo Fimmen, der Sekretär der Transport-Arbeiter-internationale, protestiert entschieden gegen den mit seinem Namen von der Sozialistischen Arbeiterzeitung, Berlin, gemachten Mißbrauch, wonach er am 8. März angeblich auf einer Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei in Neukölln zugunsten der Kandidatur Thälmann sprechen sollte. Dem Genossen Fimmen ging weder eine Einladung dazu zu,

Wieder Verschärfung im Memel-Konflikt

Nachdem im Gebiet des Deutschen Reiches, das den Namen Republik offiziell nicht mehr nennt oder kennt, der erste Wahlgang vorüber ist, besinnt man sich wieder darauf, daß wir ja noch „ein Illichchen mit Litauen“ zu rufen haben. Und so liest man denn in der deutschen Presse, daß der neuernannte Präsident des Memeldirektoriums, Linninat, in diktatorischer Weise durch Ernennungen ohne parlamentarische Befragung sein Direktorium ergänzt habe. Und da wir bekanntlich in Deutschland eifersüchtig über die Rechte des Parlaments und die Demokratie wachen, — so weit sie nicht heimische Gewächse sind —, so erfolgt denn auch prompt der dringende Appell je nach dem Grad der „nationalen Zuverlässigkeit“ entweder an die starke deutsche Faust, oder an die Signatarmächte der Memel-Konvention.

Es ist bei der bekannten „objektiven“ Berichterstattung natürlich nicht möglich, festzustellen, ob der deutsche oder der litauische Nationalismus „im Recht“ ist; beide arbeiten mit den gleichen Mitteln; beide arbeiten nach den gleichen Methoden und für beide gilt das Urteil Heines, das er beim Streit der Theologen über Rabbi und Mönch salomonisch gefällt hat. Sicher muß jedenfalls sein, daß die deutsche Arbeiterschaft genügend aufgeklärt wird, daß es nicht ihre Sache ist, hier wieder mal den Retter der „nationalen Ehre“ abzugeben.

Wie unterm 16. März aus Genf durch WTB gemeldet wird, sind die Signatarmächte entschlossen, noch im Laufe dieses Tages „eine sehr energisch gehaltene Note an die litauische Regierung zu richten, worin diese aufgefordert wird, im Memelgebiet durch Einsetzung eines Direktoriums, das das Vertrauen der Bevölkerung genießt, für verfassungsmäßige Zustände zu sorgen.“

noch wäre er am genannten Tage dazu in der Lage gewesen, da er an diesem Tage als Redner der Ortsgruppe Den Haag des Bauarbeiterverbandes vorgemerkt war. Genosse Fimmen spricht lediglich am 21. März anlässlich der großen Kundgebung der Deutschen Liga für Menschenrechte gegen Krieg und Faschismus in den Spichersälen in Berlin.“

Da jetzt diese Notiz wahrscheinlich in Deutschland ausgeschlachtet werden wird, wünsche ich ausdrücklich festzustellen, daß ich in keiner Weise protestiert habe, was ich ja auch wahrscheinlich dann nicht tun würde, wenn ich dazu einen Grund gehabt hätte. Ich habe gegen die falsche Darstellung der Tatsache beim Vertreter des Sozialdemokratischen Pressedienstes protestiert, womit natürlich die Publikation seines Berichts nicht mehr rückgängig zu machen ist.“

Soweit die Erklärung Edo Fimmens. Soweit ein Protest ergangen ist, so nur von Edo Fimmen gegen den Sozialdemokratischen Pressedienst und damit gegen die Darstellung des „Vorwärts“. Auch der mit dem Namen Edo Fimmen getriebene Mißbrauch kann somit nur auf der Seite der Sozialdemokratie gesucht werden.

„Hier ist Elena Walz,“ sagte der Begleiter. Es traf sie ein dumpfer, müder und eindrucksvoller Blick.

„Setzen Sie sich. Hierher!“ Er rückte den Stuhl, und das Licht aus dem Fenster fällt ihr ins Gesicht. Und wieder fährt der Blonde fort, methodisch und ruhig zu schreiben.

Es setzt sich Elena und neben ihr der brünette Begleiter, fest vereint sind beide im Schweigen. Nur in den Schläfen Elenas hämmert es wieder.

Bis endlich der Blonde sein Schreiben beendet, es ablöst und abbrückt. Er nimmt einen neuen Bogen weißes Papier, macht darauf einen Vermerk und fragt dann: „Ihr Name, Beruf und Adresse?“

„Elena Walentinowna Walz, Balle ine, Kapitanskajastraße 38, Wohnung 4.“

„Was bewog Sie gestern, zu Gitanow zu gehen?“

„Er ist mein alter Bekannter. Es versammeln sich bei ihm frühere Freunde aus der Welt des Theaters. Jetzt, wenn man hungert... buchstäblich... unerbetene Tränen verdrücken die Augen Elenas. Die Silhouette des Blondes reicht ihr die Karaffe mit Wasser.

„Ja, ja, sie wird sich bald beruhigen.“

Es drohe ihr nichts, wenn sie die reine Wahrheit sagen werde. O ja, sie wisse es. Aber welche Wahrheit wollt ihr? Ich weiß ja nichts, nichts...“

Der Blonde nimmt ein Kuvert und reicht ihr daraus einen Brief.

Nein, sie habe ihn niemals gesehen und sieht ihn erst jetzt.

Wie kam dieser Brief gestern unter den Teppich, an dem Platz, an dem sie bei Gitanow während der Haussuchung saß?

Wie kann sie das wissen?!

Ihr ist, als schnüre ein Knäuel eiserner Ketten und Tausend ihr kleines zartes Figürchen zusammen.

Verloren! bohrt es in ihrem Gehirn.

Verloren! flüstern die weißen Lippen.

Der Muff liegt herunter, und die klebrigen

Blicke dieser zwei, des ruhigen Blondes und des zappligen Brünetten, stechen und stechen, immer tiefer und tiefer ihr direkt ins Herz. Die Hände suchen zitternd den Tisch, die Kehle zieht sich schmerzhaft zusammen; und alles beginnt zu wanken, zu schwimmen.

Wieder die müde, gelangweilte Stimme: „Beruhigen Sie sich!“

Weich und bequem ruht ihr Kopf auf der Lehne des Sessels. Vor ihren Augen der Rand des geschnitzten Ofens. Wo ist sie? Doch ja, noch immer dasselbe Zimmer und dieselben sie quälenden Menschen, nur der Blick des Brünetten ist etwas weicher.

„Sagen Sie“, fragte er plötzlich mit kreischender Stimme, „wer war neben Ihnen, bevor die Agenten der Tscheka das Zimmer betreten?“

Ja, ja, sie erinnert sich. Sie wird es gleich sagen... Soll sie's wirklich sagen? Ver-raten?... gemein... verbrecherisch, niedrig.

„Bedenken Sie,“ sagt der Blonde, die Stille durchbrechend: „wir wissen, wer's war. Die Aussagen der fünf bereits Verurteilten haben die Tatsachen festgelegt. Ihre Antwort soll uns nur den Grad Ihrer Teilnahme an der Sache aufhellen; die Tatsache selbst ist uns ebenso sicher, wie daß ich der Untersuchungsrichter Horst bin.“

Also er ist es, er, der schreckliche Horst! Elena greift wieder nach dem Glase mit Wasser, und ihre nervös zitternden Zähne schlagen einen Wirbel an die gläsernen Wände.

Nein, sie will nichts verheimlichen, nichts... Neben ihr saß der Offizier Kowalensky, aber er hielt nichts in den Händen, gar nichts, wenn sie mir doch glauben wollten.

Sie schwört bei allem Heiligen, Teueren, was der Mensch auf Erden besitzt...

„Auch bei Ihrem Leben?“ unterbricht sie der Blonde.

„Nun, und wer saß bei ihm?“

„Bei ihm?“

„Ja, bei ihm!“

„Bei ihm?“
„Ja, bei ihm!“
„Bei ihm... keiner... nur etwas weiter, vielleicht in zwei Schritt Entfernung, auf dem Fensterbrett saß... wie heißt er doch...“
Finikow.

„Als ob Sie ihn früher nicht kannten?“
lacht jetzt der Brünette.

„Oh, ich schwör Euch bei Gott: nie, nie im Leben habe ich ihn bis zu diesem Abend gesehen!“

„Vortrefflich. Was können Sie noch sagen?“

„Nichts.“

„Nichts?“

„Nichts.“

Lautlos gleitet die Feder über den Bogen, eilt, eilt, ein Menuett tanzend auf den Zeilen.

„Nun, hören Sie zu!“

Sie hört zu, aber hört kaum und denkt nur: was weiter...“

„Unterschreiben Sie Ihren Namen!“

Mit zitternder Hand nimmt sie den Halter. Die Feder bleibt stecken. Statt Walz erschien ein verzaustes „Walu“.

„Bleiben Sie sitzen.“

Der Blonde nimmt alle Papiere und verschwindet irgendwohin durch die Seitentür.

Einen Feuerstrahl werfend aus seinem Brillantring — wie konnte sie ihn früher nicht bemerkt haben! — holt der Brünette aus der Tasche ein Zigarettenetui mit einem goldenen schweren Monogramm. Oeffnet lässig.

„Rauchen Sie?“

„Nein!“ log Elena.

Wie eine Katze möchte sie aufspringen, in sein glattes Gesicht ihre spitzen Nägel bohren... o Gott! wie lange hat sie keine Maniküre gemacht, und heute sich nicht mal gewaschen.

Schön seh ich wohl aus!...

Ein blaues Wölkchen steigt langsam nach oben. Der Brünette saugt mit den Lippen die Zigarette und schielt auf das Hälschen Elenas.

„Bitte,“ winkt ihr plötzlich der Blonde, die Tür aufreißend.

Die Prinzipienklärung der SAP

Der Vorschlag des Parteivorstands an den Parteitag

In Anbetracht dessen, daß die Kürze der Zeit und die Beanspruchung unserer Parteigenossen durch die sich häufenden Tagesaufgaben im Dienste des revolutionären Proletariats eine genügende Diskussion der vorgelegten Programmentwürfe nicht ermöglicht hat, schlägt der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei dem zu Ostern zusammenzutretenden Parteitag einmütig vor, von einer endgültigen Beschlußfassung über das Programm abzusehen und die Programmdiskussion nach dem Parteitag in den Organisationen mit verstärkter Energie weiterzuführen. Statt dessen schlägt der Parteivorstand dem Parteitag vor, eine Prinzipienklärung und ein Aktionsprogramm anzunehmen. Die Prinzipienklärung schlägt der Parteivorstand mit den Stimmen der Genossen Edith Baumann, Gertrud Duby, Paul Frölich, Karl Lindenmann, Kurt Rosenfeld, Hans Seigewasser, Max Seydewitz, Jacob Walcher und Klaus Zweiling — gegen die Stimmen der Genossen Fritz Küster und Theodor Liebknecht im folgenden Wortlaut vor:

I.

1. Die Sozialistische Arbeiter-Partei erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und in die Hände der Gesellschaft übergeben ist; in dem es deshalb keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und keine Klassen mehr gibt, und der Staat, die organisierte Gewalt, in den Händen einer herrschenden Klasse, beseitigt ist.

II.

2. Die entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus, die Enteignung der Kapitalistenklasse, ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Jeder Tagekampf ist diesem Ziel untergeordnet. Der unmittelbare Kampf um die Macht setzt eine revolutionäre Situation voraus, die gekennzeichnet ist durch eine tiefe Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft und die Bereitschaft der proletarischen Klasse, alle Mittel des organisierten Kampfes vom Streik bis zur Auseinandersetzung mit der bewaffneten Gewalt der Bourgeoisie anzuwenden.

3. Der Staat ist stets ein Werkzeug zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Seine Form wird in fortwährenden Klassenkämpfen den jeweiligen Bedürfnissen der herrschenden Klassen angepaßt. Der bürgerliche Staat ist daher nichts als Werkzeug zur Ausübung der bürgerlichen Klassenherrschaft über das Proletariat, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie oder in der faschistischen Diktatur. Da die ungeheure bürokratische und militärische Organisation des kapitalistischen Staates und das parlamentarische System vollkommen den Herrschaftsbedürfnissen der Bourgeoisie angepaßt sind, können sie von der siegreichen Arbeiterklasse nicht übernommen werden. Das Proletariat muß vielmehr diesen Staat, das Herrschaftsorgan der Bourgeoisie, zertrümmern und seinen eigenen aufbauen, gestützt auf die Räte der arbeitenden Massen und geführt durch die revolutionäre Partei.

4. Dieser Staat ist der Ausdruck der revolutionären Diktatur des Proletariats, einer Klassenherrschaft, die alle Mittel gebraucht, um den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte niederzuwerfen, ihnen jede Möglichkeit der Organisation zu nehmen, die Rätegewalt gegen Angriffe von außen zu verteidigen und die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen.

III.

5. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise unterscheidet sich von allen früheren nicht nur durch Umfang, Tiefe und Dauer, sie ist zugleich der Ausdruck dafür, daß der Weltkapitalismus in seine Niedergangsperiode eingetreten ist. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus haben einen solchen Grad erreicht, daß sich die Krisen in beschleunigtem Tempo und mit ständig zunehmender Schärfe wiederholen müssen. Die normalen Mittel der kapitalistischen Krisenüberwindung — der Ausgleich der Spannungen durch Wertverminderung und die Ausdehnung des Weltmarktes — sind in ihrer Wirksamkeit gelähmt. In dieser Situation reichen die parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsmethoden nicht mehr aus; die Bourgeoisie ist gezwungen, zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems zur offenen Diktatur über die Arbeiterklasse zu greifen, zugleich wächst mit dem Drang nach einer Neuaufteilung des Weltmarktes die Kriegsgefahr. Die menschliche Gesellschaft steht vor der Alternative: Sozialismus oder Untergang in die Barbarei.

6. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist zur aktuellen Aufgabe geworden.

IV.

7. Die Zersetzung der Gesellschaft äußert sich in der Untergrabung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der dauernden Ausschaltung breiter Schichten des Proletariats aus dem Produktionsprozeß, der Enteignung und Proletarisierung großer Teile der Mittelschichten in Stadt und Land, im Zerreißen der traditionellen gesellschaftlichen Bindungen, und einem breiten Kreise der Bevölkerung erregenden Gefühl der Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit. Mit alledem verschmälert sich die gesellschaftliche Grundlage der bürgerlichen Klassenherrschaft. Die Bourgeoisie kann ihre Macht nur noch durch Diktatur und Terror aufrechterhalten.

8. Ist der Gedanke, die politische Macht auf parlamentarisch-demokratischem Wege, d. h. ohne die Zertrümmerung des bürgerlichen Machtapparates, zu gewinnen, an sich eine

Illusion, so wird jetzt durch die Zerstörung des Parlamentarismus und die Aufrichtung der offenen Diktatur diesem Glauben jede Grundlage entzogen. Die reformistische Politik wirkt sich damit nicht nur gegen die Zukunftsinteressen des Proletariats, sondern unmittelbar auch gegen seine Tagesinteressen aus und führt zur fortschreitenden Zerklüftung der Arbeiterbewegung. Ihr Wesen als Werkzeug der Reaktion offenbart sich in krassester Weise.

9. Die Sozialistische Arbeiterpartei steht daher in unüberbrückbarem Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei und zur 2. Internationale. Sie sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionäre Politik zu gewinnen.

10. Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale haben diese Aufgabe nicht erfüllt und zeigen sich unfähig, den proletarischen Massen in der revolutionären Krise die Führung zu geben. Trotz ihrer Grundsätze und im Widerspruch zu den taktischen Lehren Lenins treiben sie eine Politik, die die Arbeiterklasse verwirrt und lähmt, und ihre Spaltung begünstigt, und damit die Verwirklichung ihrer Ziele hindert. Durch die Aufhebung der Parteidemokratie und das ganze organisatorische System, das sich in der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen herausgebildet hat, wird die Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung außerordentlich erschwert.

11. Die Sozialistische Arbeiterpartei stellt sich die Aufgabe, durch eine revolutionäre Politik den kommunistischen Arbeitern die verhängnisvollen Folgen dieser Fehler zum Bewußtsein zu bringen und damit die Voraussetzungen für eine einheitliche revolutionäre Organisation auf nationaler und internationaler Grundlage zu schaffen.

V.

12. Mit der russischen Oktoberrevolution ist eine neue Epoche in der internationalen Arbeiterbewegung angebrochen. Die Erfahrungen des heroischen Kampfes um die politische Macht, beim Aufbau des Rätestaates, bei der Ausübung der Diktatur und im Bürgerkrieg haben allgemeine Bedeutung für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats. Unter der Führung des Proletariats vollzieht sich in Sowjetrußland der sozialistische Aufbau der Wirtschaft. Dieser Aufbau geht vor sich unter besonders schwierigen Vorbedingungen wegen der kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit des vorrevolutionären Rußland, wegen der Verheerungen des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges und wegen des Fehlens jeglicher Erfahrungen sozialistischer Wirtschaft. Gerade angesichts dieser Schwierigkeiten bestätigt sich hier die gewaltige Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft über die kapitalistische Wirtschafts-anarchie.

13. Die Sozialistische Arbeiterpartei setzt es sich zur Aufgabe, die großen Lehren der russischen Revolution auszuwerten, die den Bedingungen des revolutionären Kampfes in Deutschland anzupassen und ihr politisches Wirken von diesen Erfahrungen leiten zu lassen.

14. Die Sozialistische Arbeiterpartei sieht in der Sowjetunion die Festung des internationalen Proletariats. Sie gegen alle Angriffe der kapitalistischen Konterrevolution zu verteidigen, ist die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse der Welt.

VI.

15. Die weltpolitische Situation ist durch zwei Gefahrenherde gekennzeichnet: die gewaltige Verschärfung der imperialistischen Gegensätze in der Niedergangsperiode des Kapitalismus und den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion. Die gesamte Außenpolitik der kapitalistischen Mächte dient den imperialistischen und konterrevolutionären Bestrebungen der Bourgeoisie und der Vorbereitung der kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen, die bereits im Fernen Osten ihren Anfang genommen haben. Auf dem Boden der kapitalistischen Politik gibt es keine Lösung der Konflikte, für die sich die Arbeiterklasse einsetzen kann. Die Verständigung kapitalistischer Mächte oder einzelner Kapitalistengruppen untereinander, der Völkerbund und die Abrüstungskonferenzen können die Kriegsgefahren nicht vermindern; sie dienen vielmehr lediglich der Gruppierung und Organisierung der imperialistischen Fronten. Mildern sie bestehende imperialistische Gegensätze, so erzeugen sie gleich-

zeitig neue, gefährlichere auf breiterer Grundlage.

16. Die Sozialistische Arbeiterpartei sieht ihre Aufgabe darin, gegen jeden imperialistischen Krieg den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse zu organisieren, indem sie die Massen über das Wesen der kapitalistischen Außen- und Rüstungspolitik aufklärt und die Illusionen über die Möglichkeit, innerhalb der kapitalistischen Welt den Frieden herzustellen und zu sichern, zerstört, der nationalistischen Verhetzung entgegenwirkt und die Arbeiterklasse so stärkt, daß sie in einem imperialistischen Kriege den revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System wirksam durchführen kann.

17. In einem Kriege kapitalistischer Mächte gegen die Sowjetunion mobilisiert die Sozialistische Arbeiterpartei alle Kräfte des Proletariats für die Unterstützung der Arbeiter- und Bauernmacht Rußlands.

18. In den revolutionären Aufständen der Kolonialvölker sieht die Sozialistische Arbeiterpartei eine Erschütterung des Imperialismus und der Grundlage der kapitalistischen Herrschaft überhaupt. Sie unterstützt deshalb den Befreiungskampf der unterdrückten Völker in den Kolonien und Halbkolonien mit dem Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere durch die äußere Entfaltung des Klassenkampfes gegen die eigene Bourgeoisie.

VII.

19. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Dieser Befreiungskampf kann nicht durch spontane Aktionen unorganisierter Massen zum Siege geführt werden; er bedarf zur Vorbereitung und Organisation einer revolutionären Partei. Die Aufgabe der Partei ist, dem Kampfe die Parole, die Richtung zu geben, die Taktik so einzurichten, daß in jeder Phase des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits in Bewegung gesetzten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt; daß die Taktik der Partei nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr dieses Verhältnis ständig zugunsten des Proletariats ändert. Die revolutionäre Partei muß die führende Vorhut der Arbeiterklasse sein. Als solche darf sie weder den Schwächen rückständiger Schichten nachgeben, noch sich von dem proletarischen Gros lösen durch Aktionen, die dessen Reifegrad noch nicht entsprechen.

20. Um ihren Aufgaben zu genügen, muß die revolutionäre Partei in ihren Reihen den demokratischen Zentralismus verwirklichen, der besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassungen, in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen, in der Initiative

„Der ungekrönte König von Berlin“

75. Tag im Sklarek-Prozeß

B. S. Der Sklarek-Prozeß hatte heute wieder einen großen Tag. Als einziger Zeuge war der frühere Stadtverordnete Fabrikant Moritz Rosenthal geladen, der bis zum Zusammenbruch der Sklareks im Kreditausschuß saß und dort sehr günstige Auskünfte für die Sklareks gegeben hat, die die Stadtbankdirektoren, wie sie in bisherigen Verlauf des Prozesses behaupteten, als ausschlaggebend für die Kreditgewährung betrachtet haben. Der Zeuge wurde zunächst über seine persönlichen Verhältnisse vernommen. Seit dem Jahre 1918 sei er Stadtverordneter gewesen, und zwar bis zum Jahre 1929.

Vors.: „Ist Ihnen bekannt, ob irgendwelche Einflüsse vorhanden gewesen sind, daß Sie in den Kreditausschuß kamen?“

Zeuge: „Davon ist mir nichts bekannt.“
Vors.: „Sie haben auch selbst Kredite in Anspruch genommen, auch noch zu einer Zeit, als Sie dem Kreditausschuß angehörten?“

Zeuge: „Jawohl.“
Vors.: „Standen dem nicht irgendwelche Bestimmungen entgegen?“ — Zeuge: „Nicht, daß ich wüßte.“

Vors.: „Es war doch so, daß Sie im Kreditausschuß selbst über Ihre Kredite mit zu befinden hatten.“ — Zeuge: „Ich habe mich sicherlich der Stimme enthalten, wenn es um meinen eigenen Kredit ging.“ Dann äußerte sich Moritz Rosenthal über den persönlichen Verkehr mit den Sklareks und bejahte, daß er sich mit Max Sklarek geduzt und besonders nahegestanden habe.

Vors.: „Sie sind Hauptlieferant der Sklareks gewesen, nicht wahr?“

Zeuge: „Ich bin Lieferant der Sklareks gewesen. Ich hatte keine Veranlassung, sie nicht zu beliefern.“

Vors.: „Sie haben eine Reihe von Auskünften über die Sklareks erteilt. Der Stadt-

und Verantwortung der Führung, sowie in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und die unteren Organisationen ausübt.

21. Die Sozialistische Arbeiterpartei will der Arbeiterschaft diese Führung geben.

*

Genosse Fritz Küster, der — wie oben mitgeteilt — gegen diese Prinzipienklärung stimmte, bittet uns, den folgenden Vorschlag zu veröffentlichen, den er an die Stelle des Abschnittes VI gesetzt wissen möchte.

Die SAP sieht in einer revolutionären, antimilitaristischen und konsequenten internationalen Friedenspolitik die wichtigste Voraussetzung für alle sozialistischen Parteien. Sie lehnt den Krieg als Mittel zur Austragung internationaler Gegensätze ab.

Sie fordert: In der Erkenntnis, daß alle Heere, Kriegs- und Luftflotten ihrer Natur nach eine ständige Gefahr für den Frieden bilden und das Militär innerpolitisch das wichtigste Werkzeug der herrschenden Klasse im Kampf gegen die werktätigen Massen ist:

Abschaffung der Heere, Kriegs- und Luftflotten in allen Ländern; Verhinderung aller Versuche jeder Aufrüstung und Abschaffung aller gesetzlichen Bestimmungen, deren Aufdeckung als „Landesverrat“ zu verfolgen ist; Anerkennung des unbedingten Rechtes des einzelnen auf Verweigerung jedes Kriegs- und Kriegsdienstes als eines sittlichen Grundrechtes.

Im Hinblick auf die Technisierung des Krieges: Internationale politische Kontrolle bis zum Verbot der Herstellung von Kriegsmaterial und internationales Verbot des Handels mit Kriegsmaterial aller Art.

Kann der Ausbruch eines Krieges nicht verhindert werden, so wird die SAP jedes Mittel zum Sturz der kapitalistischen Klasse anzuwenden.

Die SAP bekämpft den Nationalismus in jeder Form, da sie in ihm eine Ueberheblichkeit eines Volkes über andere sieht, und weil er insbesondere der herrschenden Klasse als Mittel dient, die Masse des Volkes für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Sie fordert daher:

Betätigung internationalen Geistes und Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Pflege und Förderung der Völkerverständigung, insbesondere in allen Erziehungsfragen; Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit Rücksicht auf Rasse, Farbe, Sprache und Religion;

Schaffung eines überstaatlichen, durch Urwahl gewählten wirklichen Bundes der Völker als Vorläufer eines sozialistischen Weltbundes; Aufbau einer für alle internationalen Streitigkeiten obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und eines wirklichen Schutzes der „Minderheiten“.

bankdirektor Schmitt sagt selbst, daß es besser gewesen wäre, wenn Sie sich dabei eine größere Zurückhaltung auferlegt hätten. Er hat auch nichts davon gewußt, daß Sie mit den Sklareks in Geschäftsverbindung standen.“

Zeuge: „Das ist mir unerfindlich. Davon ist gesprochen worden.“ Während Schmitt dabei blieb, daß ihm nichts von diesen Geschäftsverbindungen im Kreditausschuß oder sonstwo zu Ohren gekommen sei, erklärte Hoffmann, daß er davon gehört habe.

Vors.: „Haben Sie Nachrichten aus der Stadtbank zu den Sklareks getragen, die ja ausgezeichnet über alles informiert waren, sogar über Abstimmungen im Magistrat?“

Zeuge: „Nein, durch mich haben sie das nicht erfahren.“

Vors.: „Wie kommt es eigentlich, daß Sie der „ungekrönte König von Berlin“ genannt werden. Wenn man Sie jetzt hier hört, kommt man zu einem ganz anderen Eindruck.“

Zeuge: „Ich weiß nicht, wer diesen Ausdruck verbrochen hat. Ich bin immer bescheiden und zurückhaltend gewesen.“

Vors.: „Es gibt ja auch solche Könige, vielleicht war es so gemeint.“ (Heiterkeit) — Rosenthal bestritt dann auf weitere Fragen des Vorsitzenden, daß er sich im Kreditausschuß besonders stark für die Sklareks eingesetzt habe. Der Zeuge gab dann zu, daß er einen ehemaligen Schneider der Sklareks namens Fischer, der sich ein Geschäft eingerichtet habe und der auch an die Straßenbahn lieferte, finanziert habe. Vors.: „Wissen Sie, daß an diesem Geschäft die Ehefrauen der Sklareks beteiligt sein sollen?“ —

Zeuge: „Das ist mir nicht bekannt.“ — Vors.: „Sie können also weder ja noch nein sagen.“